

SCHWERPUNKT-THEMA

Neue Entwicklungen
in Recht und Zoll

SEITEN 2 UND 3

RUSSLAND

Jushno Russkoje
puscht Gasproduktion

SEITE 5

PAKISTAN

Investoren für
Textilindustrie gesucht

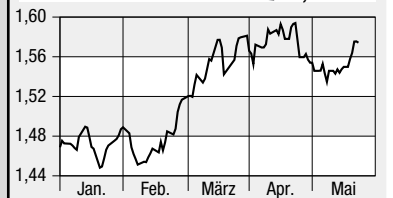
SEITE 6

ARGENTINIEN

Wirtschaft vor
US-Krise sicher

SEITE 9

EURO IN DOLLAR 1,5742



NAHER OSTEN / BAUINDUSTRIE

Golfregion
im Hotelbaufieber

Zahl der Zimmer wird sich verdoppeln / Von Fabian Nemitz

DUBAI (Dow Jones/bfai)--Überall in den Staaten des Golfkooperationsrats (GCC) entstehen neue Hotels. Am stärksten werden die Kapazitäten in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) ausgebaut. Bei Luxushotels ist in den VAE allerdings eine Sättigung zu erwarten, wenn die geplanten und in Bau befindlichen Herbergen fertiggestellt sind. Nachholbedarf besteht in Nischen wie zum Beispiel bei preisgünstigen Unterkünften. Lieferanten von Hotelbedarf und -ausstattung bieten sich auf lange Zeit gute Chancen am Golf.

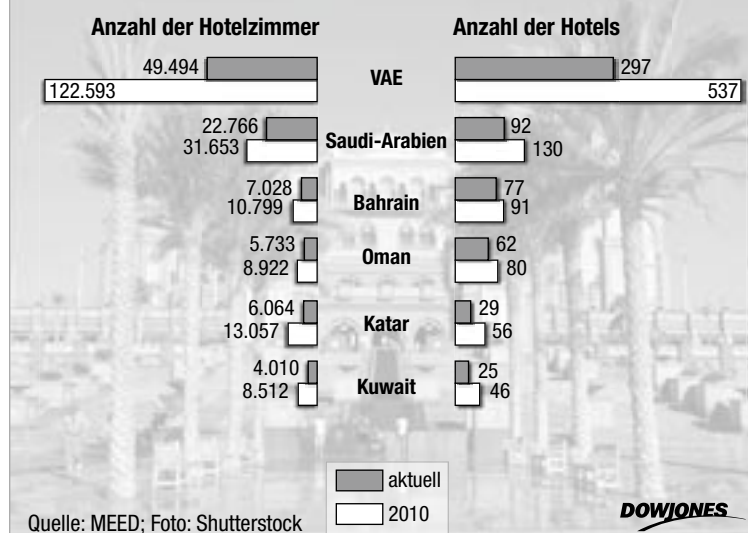
Der Nahe Osten ist der am schnellsten wachsende Reise- und Tourismusmarkt der Welt. Nach Angaben der Welttourismusorganisation sind im Zeitraum 2000 bis 2006 im Schnitt jedes Jahr 9,3% mehr Touristen in die Region geströmt. Beliebtestes Reiseziel am Golf sind die VAE, die auch weltweit zu den Top-20 zählen. Die meisten Touristen zieht es dabei in das Emirat Dubai. Waren es 2007 noch 7 Millionen, so sollen es 2010 rund 10 Millionen und 2015 bereits 15 Millionen Besucher sein. Am Aufbau der dafür nötigen Bettenkapazitäten wird emsig gearbeitet.

Derzeit gibt es der Fachzeitschrift MEED zufolge in den VAE rund

49.500 Hotelzimmer, davon 42.000 in Dubai. Andere Quellen sprechen von aktuell 60.000 Zimmern im ganzen Land und 47.000 in Dubai. Die unterschiedlichen Zahlenangaben könnten aus der Einberechnung auf Tagesbasis mietbarer Apartments resultieren. Die Kapazitäten indes werden rasant ausgebaut. So soll sich bis 2010 die Zahl der Zimmer auf 123.000 mehr als verdoppeln und bis 2015 auf 180.000 verdreifachen. Die Zahl der Hotels wird bis 2010 von derzeit 297 auf 537 steigen. Bislang sind die Hotels mit 80% ausgelastet.

Alleine in der Nähe des neuen Großflughafens sollen 50 Hotels gebaut werden, davon 35 mit 15.000

Hotelbestand wächst in den Golfstaaten



Zimmern in der Commercial City Bawadi, das größte Hotelprojekt im Nahen Osten, und - wie die Tageszeitung Emirates Business schreibt - wahrscheinlich weltweit, entsteht in Dubai. In diesem neuen Stadtteil der Superlative sollen Attraktionen wie die Mall of Arabia, das größte Einkaufszentrum der Welt, Freizeitparks, Museen, Theater und Veranstaltungszentren täglich 200.000 Besucher anziehen.

Insgesamt umfasst Bawadi 51 Hotels mit 60.000 Zimmern und 1.500 Restaurants und Bars. Kostenpunkt: 54,5 Mrd. USD. Kernstück des Projekts wird das Hotel Asia-

Asia mit insgesamt 6.500 Zimmern sein, davon 5.100 mit vier und 1.400 mit fünf Sternen. Der erste Teil der künftig größten Herberge der Welt soll Ende 2012 fertiggestellt sein. Als erstes Hotel im Bawadi-Komplex wird das Desert Gate Hotel Ende 2011 seine Tore öffnen.

Auf der künstlichen Inselgruppe Palm Jumeira sind rund 30 Luxushotels international bekannter Ketten mit insgesamt 7.500 Zimmern vorgesehen. Elf davon sind bereits im Bau und werden innerhalb der kommenden zweieinhalb Jahre fertiggestellt sein.

Fortsetzung auf Seite 10

EUROPA / KONJUNKTUR

Service-PMI sinkt im Mai
stärker als erwartet

LONDON (Dow Jones)--Die Einkaufsmanagerindizes der Eurozone haben im Mai eine langsamere wirtschaftliche Expansion signalisiert, wobei vor allem der Einkaufsmanagerindex (PMI) des Dienstleistungsbereichs unerwartet deutlich zurückgegangen ist. Wie Marktteilnehmer in London unter Hinweis auf die erste Veröffentlichung der von NTC Economics erstellten Indizes berichteten, sank der Service-PMI auf 50,6 Punkte von 52,0 im Vormonat und verzeichnete damit den niedrigsten Stand seit gut vier Jahren. Volkswirte hatten eine Abnahme auf lediglich 51,5 Punkte erwartet.

Der Index für das verarbeitende Gewerbe ging auf 50,5 Punkte zurück von 50,7 im April. Ökonomen hatten im Mittel einen Indexstand von 50,4 Punkten prognostiziert. Der Gesamtindex sank auf 51,1 von 51,9 Punkten im Vormonat und registrierte damit das niedrigste Niveau seit Juli 2003. Hier war mit einer Abschwächung auf lediglich 51,4 Punkte gerechnet worden.

Die Einkaufsmanagerindizes für den Euroraum basieren auf Daten aus Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Irland, Österreich, Griechenland und den Niederlanden. NfA/26.5.2008

AUSSENWIRTSCHAFT AKTUELL

Industrie stieß trotz Emissionshandel mehr CO2 aus

BRÜSSEL (Dow Jones)--Die am Emissionshandel teilnehmenden EU-Industrieunternehmen haben 2007 mehr Kohlendioxid ausgestoßen als im Jahr davor, obwohl das Handelssystem die Emissionen eigentlich reduzieren soll. Der CO2-Ausstoß sei gegenüber 2006 um 0,8% auf 2,05 Mrd t gestiegen, bereinigt um die neuen und stillgelegten Industrieanlagen habe der Anstieg noch 0,68% betragen, teilte die Kommission mit. NfA/26.5.2008

Halliburton bietet 1,71 Mrd GBP für Öldienstleister

LONDON (Dow Jones)--Um den britischen Ölförderungsdienstleister Expro International Group plc entbrennt ein Bieterwettbewerb. Wie das Unternehmen mitteilte, hat die US-amerikanische Halliburton Co ein vorläufiges Angebot von 1,71 Mrd GBP abgegeben und damit eine Offerte von 1,6 Mrd GBP eines Konsortiums um Private-Equity-Gesellschaften überboten. Halliburton will damit 15,25 GBP je Aktie zahlen. NfA/26.5.2008

Russland baut in China Atomkraftwerk

BEIJING (AP)--Russland soll in China ein Atomkraftwerk mit einem Auftragsvolumen von 1 Mrd USD bauen. Ein entsprechender Vertrag wurde während des Antrittsbesuchs des neuen russischen Präsidenten Dmitri Medwedew in Beijing unterzeichnet. Bei der Zeremonie war auch Medwedews chinesischer Kollege Hu Jintao zugegen. NfA/26.5.2008

DEUTSCHLAND / FAHRZEUGE

VW-Konzern fährt Verkaufsrekord ein

Weltweit 568.000 Fahrzeuge ausgeliefert / Zuwachs von 10,5%

WOLFSBURG (AP/Dow Jones)--Europas größter Autobauer Volkswagen hat im April einen Verkaufsrekord eingefahren. VW lieferte weltweit 568.000 Fahrzeuge aus, wie der Konzern in Wolfsburg mitteilte. Das seien 10,5% mehr gewesen als im gleichen Vorjahresmonat. Der Konzern übertraf demnach schon nach den ersten vier Monaten eines Jahres erstmals die Zwei-Millionen-Grenze. Von Januar bis April verkauften die acht Marken des Unternehmens 2,14 Mio, 7,9% mehr als im Vorjahr.

Damit wachsen die Fahrzeugverkäufe des Volkswagen Konzerns nach eigenen Angaben stärker als der Weltmarkt, auf dem etwa 3% mehr Pkw ausgeliefert werden. In Europa erhöhten sich die Autoverkäufe des Konzerns von Januar bis April um 3% auf 1,22 Mio Fahrzeuge, davon 1,04 Mio in Westeuropa (plus 0,7%). Allein in Deutschland wurden mit 339.000 Auslieferungen 5,9% mehr Fahrzeuge verkauft. In Zentral- und Osteuropa kauften die Kunden 178.000 Autos aus

dem VW-Konzern (plus 18,7%). In Asien-Pazifik lieferte der Volkswagen Konzern nach eigenen Angaben 420.000 Fahrzeuge aus und damit 26,5% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Davon gingen in China 368.000 Autos an die Kunden, 28,9% mehr als im Vorjahr.

In Südamerika stiegen die Auslieferungen um 19,5% auf 260.000 Fahrzeuge. In Nordamerika wurden 159.000 Autos verkauft (minus 4,9%), davon 100.000 in den USA (minus 0,7%).

Die Kernmarke Volkswagen lieferte in den ersten vier Monaten des Jahres weltweit 1,25 Mio Autos aus, 8,8% mehr als im Vorjahr. Audi verzeichnete mit 338.000 Fahrzeugverkäufen ein Plus von 1,7%. Skoda steigerte den Absatz um 17,7% auf 237.000 Auslieferungen. Seat erreichte 135.000 Verkäufe (minus 5,9%). Volkswagen Nutzfahrzeuge erhöhte um 14,7% auf 171.000 verkaufte Modelle.

Rückgänge verbuchten von Januar bis April 2008 die Luxusmarken des Konzerns: Bentley lieferte 3.200 Automobile an seine Kunden (15,6%) und Bugatti verkaufte 20 Modelle, im Jahr zuvor waren es noch 25 Autos. Auch die spanische Tochter Seat musste beim Absatz einen Rückgang von 5,9% auf 135.000 Verkäufe hinnehmen. cba/NfA/26.5.2008

SCHWERPUNKT: RECHT UND ZOLL

WELT / AGRARSEKTOR

VR CHINA / RECHT

Neuer WTO-Vorschlag sieht Senkung der Agrarzölle vor

GENF (Dow Jones)--Die WTO-Verhandlungen scheinen ein kleines Stück vorangekommen zu sein. Nach mehreren Verzögerungen wurde aus Genf bekannt, dass das WTO-Sekretariat zu den Themen „Landwirtschaft“ und „Industrie“ neue Arbeitspapiere vorgelegt hat. Darin werden verschiedene offene Punkte geklärt, wie im Bereich Marktzutritt die Zollsanktionen für Agrarprodukte in den vier Zollbändern. Landwirtschaftliche Erzeugnisse mit einem Wertzoll von 0% bis 20% sollen laut dem Vorschlag des WTO-Agrarausschussvorsitzender Crawford Falconer um 50% gekürzt werden, Zölle zwischen 20% und 50% um 57%, während Zölle zwischen 50% und 75% um 64% sinken sollen. Lediglich bei der Kürzung von Wertzöllen über 75% legte Falconer sich noch nicht auf eine konkrete Zahl fest, sondern schlug eine Spanne von 66% bis 73% vor. In dieses höchste Zollband fällt unter anderem der Zuckersoll der EU. Die Bundesregierung drängt nach der Vorlage der neuen WTO-Arbeitspapiere auf einen zügigen Abschluss der Verhandlungen der sogenannten Doha-Runde.

„Die Bundesregierung unterstützt den Abschluss der Verhandlungen noch in diesem Jahr“, erklärte Bernd Pfaffenbach, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium (BMWi). „Die Verhandlungen werden jetzt dahin gehen müssen, neben den Zollsanktionen für die deutsche Wirtschaft im Industriegüterbereich auch Marktzugangsverbesserungen in wichtigen Wachstumsmärkten zu gewährleisten.“

Die Doha-Runde der WTO über eine Liberalisierung des Welthandels läuft schon seit über sechs Jahren. Streitpunkt der Verhandlungen sind vor allem die an die USA und die EU gerichteten Forderungen, ihre Agrar- und Exportsubventionen sowie Zollhürden abzubauen. *NfA/26.5.2008*

Neues Arbeitsrecht belastet den Arbeitgeber

Großzügigere Abfindungs- und Urlaubsregelungen / Von Claus-Detlef Großmann

FRANKFURT (Dow Jones)--Zum 1. Mai ist ein neues Arbeitsschiedsgesetz in China in Kraft getreten. Darauf hat Rechtsanwalt Daniel Albrecht von der Bürogemeinschaft LA-Legal im Gespräch mit den „Nachrichten für Außenhandel“ hingewiesen. Es steht den Parteien nunmehr frei, für die Schlichtung von arbeitsbedingten Streitigkeiten zunächst die Schlichtungskommission des eigenen Unternehmens anzurufen anstatt den Rechtsweg zu beschreiten.

Wird innerhalb eines Jahres keine Einigung erzielt, kann ein Gesuch bei der Schiedskommission für Arbeitsstreitigkeiten eingereicht werden, die dann innerhalb von 45 Tagen über den Streit zu entscheiden hat. Ist eine Partei mit dem Ergebnis der Schlichtung nicht einverstanden, kann sie innerhalb von 15 Tagen vor dem zuständigen Gericht Klage zu erheben. „Fraglich ist, ob dieses Verfahren auch für Streitigkeiten des kollektiven Arbeitsrechtes in der Zukunft von Bedeutung sein wird“, so Albrecht.

Ob solche Schiedsgerichte von ausländischen Unternehmen angenommen werden, oder für diese von Vorteil sein werden, werde wohl auch davon abhängen, ob es möglich sein wird, dass eine Person des Schiedsgerichtes durch einen unabhängigen Ausländer besetzt werden kann, wie dieses bei Wirtschaftsschiedsgerichten schon heute der Fall sei. Das neue Arbeitsschiedsgesetz reiht sich ein in die grundlegende Reform des chinesischen Arbeitsrechts, die seit Januar in Kraft ist.

Verbesserter Kündigungsschutz

Das neue Recht hat laut Albrecht zu erheblichen Mehrkosten für ausländische Investoren geführt. Besonders betroffen sind ausländische Firmen, die in China eine Repräsentanz eröffnet haben. Sie durften bereits bislang nicht Arbeitnehmer am freien Markt suchen und waren auf Arbeitsvermittlungs-

agenturen angewiesen. Neu ist nun, dass sie den Arbeitnehmern von der Agentur die gleichen Löhne zahlen müssen, wie Mitarbeitern, die in gleicher Funktion bereits im Betrieb tätig sind.

Zudem müssen sie den vermittelten Mitarbeiter einen Arbeitsvertrag mit mindestens zwei Jahren Laufzeit anbieten. „Es sieht



Getriebeproduktion bei VW in Shanghai: Für ausländische Investoren bedeutet das neue Arbeitsrecht erhebliche Mehrkosten. Foto: VW

fast danach aus, als sei die neue Regelung geschaffen worden, um die Rechtsform Repräsentanz für ausländische Investoren weniger attraktiv zu machen“, vermutet Albrecht. Neu sei auch der verbesserte Kündigungsschutz für Arbeitnehmer. Bisher habe man sich als Arbeitgeber von Mitarbeitern recht problemlos wieder trennen können, so Albrecht weiter. „Wenn man

bedenkt, dass Diplome, Zeugnisse oder Details des Lebenslaufs in China oft nicht den Tatsachen entsprechen, war dies nicht unwichtig.“

Nach der neuen Gesetzeslage haben die Mitarbeiter nun ein Recht auf Abfindungen in Höhe von einem bis drei Monatsgehältern. „Den neuen Verpflichtungen des Arbeitgebers entspricht aber keine höhere Bindung des Arbeitnehmers an den Betrieb“, gibt der Jurist zu bedenken. Die Fluktuation in den Betrieben sei in China traditionell hoch. Die Arbeitnehmer wechselten ohne viel Federlesens die Arbeitstelle. Daran habe sich

10 Jahren erhöht sich der Anspruch auf zehn Tage, nach 20 Jahren Zugehörigkeit auf 15 Tage. Ausnahme von der Urlaubsregelung: Kein Anspruch besteht, sofern dem Arbeitnehmer Urlaub an den Feiertagswochen laut Gesetz zusteht und diese Urlaubstage die jährlichen Urlaubstage übersteigen.

Wenn ein Unternehmen einem Arbeitnehmer den ihm zustehenden Jahresurlaub aufgrund Personalknappheit nicht geben kann, so ist dies nur zulässig, sofern dies mit der Zustimmung des Arbeitnehmers geschieht. Für den vom Arbeitnehmer nicht genommenen Jahresurlaub zahlt das Unternehmen dem Arbeitnehmer 300% seines täglichen Einkommens für jeden Tag seines nicht genommenen Urlaubs. Mit der Urlaubsregelung würden vor allem Produktionsbetriebe vor neue Herausforderungen gestellt, so Albrecht.

Neue Regeln treiben Lohnkosten

Das neue Arbeitsrecht erhöhe die Lohnkosten für die Betriebe in einer Situation, die per se bereits durch rasch steigende Löhne gekennzeichnet sei. Knapp sei vor allem Personal mit mittlerer Qualifikation, während ungelernete Kräfte und Akademiker auf dem Arbeitsmarkt eher zu finden seien. Nach dem neuen Recht muss jeder Arbeitnehmer spätestens einen Monat nach seiner Einstellung einen schriftlichen Arbeitsvertrag erhalten. In seiner alten Form war das Arbeitsrecht in China nur in Grundzügen national geregelt und wies daher zahlreiche regionale Unterschiede aus. Das neue Recht gilt hingegen landesweit und beendet damit für die Unternehmen ein Stück Rechtsunsicherheit. *cdg/NfA/26.5.2008*

MÄRKTE

	Seite		Seite
Algerien		EU-Industrie stieß 2007 trotz Emissionshandel mehr CO2 aus	1
Anlagen zur Produktion von Ammoniak und Urea geplant	11	EuGH-Anwalt: Handelsrichtlinie zu Emission nicht diskriminierend	3
Argentinien		Europaparlament will ab 2014 Straßengüterverkehrsmarkt öffnen	3
Wirtschaft weitgehend vor der US-Krise in Sicherheit	9	EU verbietet Quecksilberexport ab 2011	7
Äthiopien		Frankreich	
Ministerium erhöht Zollfreibetrag für Investitionsprojekte	3	Banque de France sieht BIP-Wachstum bei 0,3%	8
Australien		Brüssel erwartet Paris wegen steigenden Defizits	8
Leighton-Konsortium erhält PPP-Auftrag	6	Großbritannien	
Baltische Staaten		Halliburton bietet 1,71 Mrd GBP für Öldienstleister Expro	1
Hansabank wird zur Swedbank	4	Einzelhandelsumsatz im April leicht rückläufig	8
Belgien		Indien	
Österreichische Post kauft Pharmalogistiker	7	Regierung kündigt Bau von Werft in Poovar an	6
Brasilien		Bau eines neuen LNG-Terminals	6
Weiteres Ölfeld im Atlantik entdeckt	9	Iran	
Bulgarien		Markt für Kunststoffmaschinen rasch entwickelt	10
Regierung will Vergabe von EU-Geldern kontrollieren	4	Kenia	
Deutschland		Neue Bestimmungen für die Börse	10
VW-Konzern fährt Verkaufsrekord im April ein	1	Chinesen modernisieren Flughafen von Kisumu	10
Europa			
Service-PMI sinkt im Mai stärker als erwartet	1		

	Seite		Seite
Naher Osten		Schweiz	
Golfregion im Hotelbaufieber	1	Leichte Bewölkung am Konjunkturrhimmel	7
Österreich		Türkei	
Wien rechnet mit Konjunkturschub durch Fußball-EM	7	EU-Parlament wirft Ankara mangelnden Reformeifer vor	11
Osteuropa		Ukraine	
Schengen-Abkommen bedeutet besseren Logistik-Service	3	Kiew hebt Exportbeschränkungen für Getreide auf	5
ZEW: Konjunkturoptionen zeigen sich zurückhaltender	4	USA	
Pakistan		Geplante Änderung der Exportkontrollbestimmungen	3
Investoren für Textilindustrie gesucht	6	Flugverspätungen kosteten US-Wirtschaft fast 41 Mrd USD	9
Polen		Ford drosselt Autoproduktion in Nordamerika	9
Steigende Nachfrage nach Klimageräten	5	VR China	
Gehälter wachsen immer schneller	5	Russland baut in China Atomkraftwerk	1
Russland		Neues Arbeitsrecht belastet den Arbeitgeber	2
Verbraucher kaufen immer mehr und immer teurere Arzneimittel	4	Macquarie sieht minimale Erdbebenfolgen für Metallproduktion	6
Jushno Russkoje puscht Gasproduktion von Wintershall	5	Welt	
ABB baut Werk im Ural	5	Neuer WTO-Vorschlag sieht Senkung der Agrarzölle vor	2
Sambia		Rohstahlproduktion legt im April um 5,6% zu	12
Stromkrise bedroht Ausbau der Kupferminen	10	Studie: Weltweit drohen Engpässe bei der Ölversorgung	12
Schweden			
Pkw-Markt bietet Absatzchancen	8		

BRANCHEN/THEMEN

	Seite		Seite
Agrarsektor		Großbritannien	8
Ukraine	5	Osteuropa	4
Welt	2	Schweiz	7
Banken		USA	9
Baltische Staaten	4	Logistik	
Bauindustrie		Osteuropa	3
Naher Osten	1	Maschinenbau	
Chemie		Iran	10
Algerien	11	Russland	5
Energie		Metalle	
Brasilien	9	Europa	7
Großbritannien	1	Sambia	10
Indien	6	VR China	6
Russland	5	Personal	
VR China	1	Polen	5
Welt	12	Recht	
Fahrzeuge		Deutschland	3
Deutschland	1	Schweden	3
Schweden	8	USA	3
USA	9	VR China	2
Finanzierung		Stahl	
Argentinien	9	Welt	12
Kenia	10	Textil und Leder	
Gesundheitswesen		Russland	4
Russland	4	Umweltschutz	
Belgien	7	Europa	1
Infrastruktur		Wirtschaft und Politik	
Australien	6	Bulgarien	4
Indien	6	Frankreich	8
Kenia	10	Österreich	7
Heizung und Klimatechnik		Türkei	11
Polen	5	Zoll	
Konjunktur		Äthiopien	3
Frankreich	8		

OSTEUROPA / ZOLL

Schengen-Abkommen bedeutet besseren Logistik-Service

Kabotage-Beschränkungen werden in den kommenden Jahren fallen / Von Claus-Detlef Großmann

FRANKFURT/ODER (Dow Jones)--Der Wegfall der Grenzkontrollen an der polnischen Grenze im Zuge des Schengen-Abkommens Ende 2007 hat zu einem besseren grenzüberschreitenden Service der Logistikdienstleister geführt. Dieses Fazit hat Hans-Peter Otto, geschäftsführender Gesellschafter der C. Spaarmann Logistics GmbH, auf der Messe „Translog 2008“ in Frankfurt/Oder gezogen. Denn seitdem die Pässe und Transportdokumente nicht mehr an den Grenzkontrollpunkten kontrolliert werden, gehören auch die kilometerlangen Lkw-Staus an der Grenze der Vergangenheit an, die auch immer wieder zu schweren Unfällen führten.

Seit die Schengen-Regelung in Kraft ist, ist die Zahl der schweren Unfälle auf deutscher Seite laut Polizeiangaben deutlich zurückgegangen. „Weil die unkalkulierbaren Wartezeiten an der Grenze entfallen, können die Transport-Umläufe beschleunigt werden“, so Otto weiter. Die Logistiker sind in ihrer Disposition flexibler geworden und die Liefertermine sicherer. Allerdings sei für die Spediteure nun auch die beliebte Ausrede für Lieferverzögerungen entfallen, dass die Fahrzeuge an der Grenze feststeckten, führt Otto aus. Für die deutschen Logistiker an der polnischen Grenze kann der westpolnische Raum nun viel besser in ihre Dispositionen einbezogen werden.

Für die Kunden bedeutet die erhöhte Liefersicherheit den Verzicht auf eine aufwändige Lagerhaltung. Im Gespräch mit den „Nachrichten für Außenhandel“ geht Otto davon aus, dass sich die Kosten für die Spediteure um 10% bis 20%

vermindert haben könnten. Da C. Spaarmann keinen eigenen Fuhrpark besitzt, kann Otto allerdings nicht mit Daten aus erster Hand aufwarten. Der eigentliche Integrationsschritt mit deutlichen wirtschaftlichen Impulsen sei aber nicht das Schengen-Abkommen gewese-

sen, sondern der Beitritt Polens zur Europäischen Union, so Otto abschließend.

Der Wegfall der Grenzkontrollen wird im Zuge der Umsetzung des Schengen-Abkommens durch Kontrollen im Hinterland ersetzt. Sylvia Sapich, Leiterin der Außenstelle Schwerin des Bundesamts für Güterverkehr, betont im Gespräch mit unserer Redaktion, dass die Zahl der Kontrollen gegenüber der Zeit vor dem Schengen-Abkommen nicht reduziert wurde. Eine Häufung von Unregelmäßigkeiten nach der Umsetzung des Abkommens habe sich nicht ergeben, so Sapich weiter. „Es ist nicht so, dass jetzt Sodom und Gomorra auf

unseren Straßen los ist.“ Die Spediteure wüssten die Lage einzuschätzen und gäben sich nicht der Illusion hin, dass mit dem Wegfall der Grenzkontrollen eine Überwachung nicht mehr stattfindet.

Von effektiven Kontrollen im deutschen Hinterland berichtet auch Mirosława Janicka Hobusch von Emons Polska. Mit dem Wegfall der Kontrollen an der Grenze sind allerdings noch nicht alle Hindernisse für einen freien Markt für die Logistikdienstleister an der polnisch-deutschen Grenze gefallen. Wie Andreas Zintsch, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK Ostbrandenburg gegenüber den „Nachrichten für Außenhandel“ betonte, bestehen nach wie vor Beschränkungen bei der Kabotage, der Ausführung inländischer Transportaufträge durch ausländische Spediteure. Diese Beschränkungen werden aber in den kommenden Jahren entfallen. Grundsätzlich sprach sich Zintsch für eine noch weitergehende Liberalisierung des deutschen und polnischen Markts aus, auch was die Freizügigkeit der Arbeitnehmer betrifft. „Die Kostenvorteile der polnischen Seite sind nicht so groß, wie sie manchmal in der Presse dargestellt werden“, so der IHK-Manager. Die deutschen Firmen seien der polnischen Konkurrenz daher keineswegs hilflos ausgeliefert. *cdg/NfA/26.5.2008*



Grenzgebiet: Die Bogenbrücke verbindet Frankfurt an der Oder mit dem polnischen Ort Slubice. Nach dem Wegfall der Grenzkontrollen fahnden die deutschen Beamten verstärkt im Hinterland. Foto: Sondermann

EUROPA / RECHT

Straßengüterverkehrsmarkt soll ab 2014 offener werden

STRASSBURG (Dow Jones)--Ab 2014 sollen Spediteure in der Europäischen Union ohne Einschränkungen Transportaufträge abwickeln können. Dafür hat sich das Europäische Parlament (EP) ausgesprochen. In der ersten Lesung einer Verordnung zum Kraftverkehrsmarkt stimmten die Abgeordneten für die stufenweise Lockerung der Regeln für den Straßengüterverkehr innerhalb eines fremden EU-Staates, die sogenannte Kabotage.

Außerdem stimmten sie einer Verordnung zu, in der Mindestanforderungen für Spediteure festgelegt werden, etwa für Zuverlässigkeit, finanzielle Leistungsfähigkeit und fachliche Eignung. Als nächstes müssen die EU-Verkehrsmi- nister über die Gesetzesvorschläge beraten. Sie streben eine Einigung bei ihrem Ratstreffen am 12. Juni an.

Als Kabotage bezeichnet man beispielsweise, wenn ein belgischer Spediteur Ware von einer französischen Stadt zur anderen befördert. Die geltenden EU-Vorschriften lassen Kabotage nur temporär im Anschluss an einen internationalen Transport - zum Beispiel von Belgien nach Frankreich - zu.

Das EP will künftig zunächst drei Kabotagefahrten pro Woche im Anschluss an eine internationale Fahrt erlauben, wie von der Kommission vorgeschlagen. Dafür zeichnet sich auch Zustimmung im Ministerrat ab. *NfA/26.5.2008*

USA / RECHT

Exportkontrollbestimmungen stehen vor Veränderungen

KÖLN (Dow Jones/bfai)--Der derzeitige „Deputy Assistant Secretary“ des Bureau of Industry and Security (BIS), Matthew Borman, berichtete vor dem „Regulations and Procedures Technical Advisory Committee“ (RAPTAC) über aktuell geplante Änderungen der Export Administration Regulations (EAR), wie die de minimis-Regel, License Exception ICT und Deemed Export Reform. Weitgehend technische Korrekturen der EAR erfolgten im April bezüglich der Endverwender- und Endverwendungsbestimmungen sowie bezüglich der Güterkontrollliste im Rahmen einer ersten Generalrevision.

Zunächst arbeitet das BIS derzeit an einer neuen License Exception ICT (Intra-Company Transfer). Diese neue Genehmigungsausnahme soll es Firmen künftig ermöglichen, genehmigungspflichtige Hardware, Software und Technologie an ausländische Staatsangehörige im eigenen Unternehmen sowie an ausländische Tochter- beziehungsweise Konzernfirmen (foreign affiliates) weiterzugeben, vorausgesetzt, sie haben zuvor eine entsprechende BIS-Genehmigung erhalten. Die neue License Exception ICT soll nach einem ähnlichen Muster funktionieren wie die Zertifizierung

als Validated End User (VEU): Vorab müssen die Güter und Technologie, die erfasst werden sollen, sowie die Empfänger, die diese erhalten sollen, geklärt und vom BIS genehmigt werden. Eine derartige License Exception war von US-Exporteuren im letzten Jahr gefordert worden. Das BIS hat jetzt einen entsprechenden Entwurf anderen Behörden zur Stellungnahme vorgelegt.

De-minimis-Regelung soll überarbeitet werden

Ferner soll die De-minimis-Regelung überarbeitet werden. Nach den Entwürfen soll künftig bei der de minimis-Berechnung unter anderem eine Bündelung von Hardware und Software zulässig sein. Derzeit müssen ausländische Unternehmen, die eine De-minimis-Kalkulation vornehmen, noch den Prozentanteil von US-Hardware, -Software und -Technologie jeweils separat berechnen und dann mit dem Wert der entsprechenden ausländischen Hardware, Software und Technologie in Beziehung setzen. Liegt einer der Werte über der De-minimis-Schwelle, unterliegt das Produkt den US-Ausfuhrbestimmungen. *U.N./NfA/26.5.2008*

EUROPA / RECHT

Emissionshandelsrichtlinie diskriminiert nicht

LUXEMBURG (Dow Jones)--Die Chancen für acht französische Stahlunternehmen, die EU-Emissionshandelsrichtlinie per Gerichtsurteil für ungültig erklären zu lassen, sind gesunken. Poiarés Maduro, Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), vertrat in seinem Schlussplädoyer die Auffassung, die Richtlinie verletze nicht den Gleichheitsgrundsatz, indem sie die Stahlindustrie dem Emissionshandel unterwerfe, während die Aluminium- und Kunststoffindustrie ausgenommen blieben.

Mit diesem Argument haben acht französische Stahlfirmen, die allesamt zum Konzern Arcelor Mittal gehören, gegen die französischen Vorschriften geklagt, mit denen die Emissionshandelsrichtlinie umgesetzt wird. Der angerufene Conseil d'Etat legte dem EuGH daraufhin die Frage vor, ob die Emissionshandelsrichtlinie den im EU-Recht verankerten Gleichheitsgrundsatz verletzt. Maduro kam zu dem Schluss, die zu prüfenden Argumente stellten die Gültigkeit der Richtlinie in keinem Fall in Frage. Die Ansicht des Generalanwalts ist für den EuGH nicht bindend, doch folgen die Richter häufig den Plädoyers. Ein Urteil wird in drei bis sechs Monaten erwartet. *NfA/26.5.2008*

ÄTHIOPIEN / ZOLL

Höherer Freibetrag für Investitionsprojekte

ADDIS ABEBA (Dow Jones)--Das äthiopische Ministry of Revenue hat die Grenze für den Zollfreibetrag, bis zu dem Zubehör und Verbrauchsmaterialien für neu genehmigte Investitionsprojekte zollfrei importiert werden können, auf 5 Mio USD erhöht. Dies berichtet der Afrika-Verein. Bisher lag das Limit dafür bei 1 Mio USD. Die

Maßnahme zielt darauf ab, Investitionsvorhaben von Auslandsäthiopiern aus den USA und Europa zu fördern. Die Zollbefreiung gilt allerdings nicht für Projekte aus den Bereichen Hotelwesen (Ausnahme: Sterne-Hotels), Großhandel, Einzelhandel, Einfuhrwesen und Service und Maintenance. *NfA/26.5.2008*

Fehler!

X

Sie haben gegen Zollvorschriften verstoßen.

Ignorieren

Wiederholen

Porath

Stoßen Sie an Grenzen?

SEA: (040) 325843-0 AIR: (069) 6380937-0
Hamburg | Frankfurt/M. www.porath.com



OSTEUROPA UND GUS

RUSSLAND / GESUNDHEITSWESEN

Verbraucher kaufen mehr und teurere Arzneimittel

Pharmamarkt soll die nächsten zehn Jahre zweistellig wachsen / Regierung will Forschung unterstützen / Von Gerit Schulze

MOSKAU (Dow Jones/bfai)--Die russischen Verbraucher geben immer mehr Geld für Arzneimittel aus und greifen dabei häufiger zu teuren Importprodukten. Der Pharmamarkt wächst jährlich mit zweistelligen Wachstumsraten. Einheimische Anbieter können gegen die Übermacht der ausländischen Konzerne kaum noch anstehen. Besonders bei Forschung und Entwicklung verlieren sie den Anschluss. Russlands Regierung will nun die Ansiedlung ausländischer Produktionsstätten und Forschungslabors mit finanziellen Anreizen fördern.

Die Verkäufe von Arzneimitteln in Russland wachsen auf US-Dollar-Basis jährlich zweistellig und das nach Prognosen von Branchenexperten noch mindestens ein Jahrzehnt lang. Das Consultingunternehmen Pharmexpert schätzt den kommerziellen Arzneimittelmarkt für 2007 auf 7,8 Mrd USD bei Zuwächsen von 16,8%. Zusammen mit dem staatlichen DLO-Programm zur Versorgung von einkommensschwächeren Bevölkerungsgruppen, haben die Experten ein Gesamtvolumen von 11,2 Mrd USD errechnet.

Marktforscher der DSM Group beziffern den russischen Markt 2007 auf 14,3 Mrd USD (Endverbraucherpreise, inklusive Mehrwertsteuer), schließen dabei aber auch biologisch aktive Zusatzstoffe und Heilkosmetik mit ein. Zurück geht der Anteil der vom Staat subventionierten oder eingekauften Pharmazeutika. Ihr Volumen verringerte sich 2007 um 3% auf 3,76 Mrd USD. Die kommerziellen Medikamentenverkäufe stiegen dagegen um 23%. Zu berücksichtigen ist, dass etwa ein Drittel des Wachstums aus dem Dollar-Verfall gegenüber dem Rubel resultiert.

Russlands Pharmamarkt hängt bislang fast vollständig von Importen ab. Nach Angaben des Industrieministeriums gab es 2007 in Russland zwar immerhin 525 Pharmahersteller, die ein Produktionsvolumen von 62 Mrd Rubel

erzielten (2,4 Mrd USD). Der Anteil einheimischer Präparate am kommerziellen Arzneimittelmarkt lag hinsichtlich des Wertvolumens aber lediglich bei 20 bis 25%. Laut DSM Group betrug 2007 das Importvolumen an Arzneimitteln 7,3 Mrd

2007 Sanofi-Aventis, Novartis, F.Hoffmann-La Roche, A. Menarini und Farmstandard. Unter den Top-20 fanden sich mit Farmstandard (Platz 5) und Otetschestwennye lekarstwa (Platz 20) nur zwei einheimische Produzenten. Beide Unternehmen haben jedoch mit 43 bzw. 35% ein überdurchschnittliches Umsatzwachstum verzeichnet.

Das Industrieministerium arbeitet derzeit an einem Entwicklungsprogramm für die einheimische Pharmaproduktion, das bis zum Herbst vorliegen soll. Ziel ist es, den Anteil der russischen Hersteller

lumen sorgen und Forschungsaktivitäten unterstützen. Bislang geben russische Pharmaunternehmen jährlich nur 50 Mio USD für die Entwicklung neuer Präparate aus. Ausländische Pharmahersteller sollen verstärkt zu einem Engagement in Russland bewegt werden.

Einige Unternehmen haben hier bereits Pionierarbeit geleistet. So ist die deutsche Stada bereits an drei russischen Herstellern beteiligt (Nizhpharm, Hemofarm und Makiz-Pharma). Im 1. Quartal 2008 konnte Stada den Umsatz in Russland um 64% (auf Euro-Basis) gegenüber der Vorjahresperiode steigern. Ein weiteres deutsches Unternehmen, die B. Braun Melsungen AG aus Hessen, plant eine Übernahme der Firma Gematek aus Twer, die Infusionslösungen herstellt.

Zudem hat es in den letzten Monaten einige Investitionsankündigungen für neue Fabriken gegeben. Der Moskauer Hersteller Lekko will 2008 rund 15 Mio USD in ein Werk für Biopräparate im Gebiet Wladimir stecken. Über 100 Mio USD soll eine Fertigungskosten, die die russische Scientific Future Management (SFM) bis Ende 2008 in Sibirien errichten lässt, berichtete die Wirtschaftszeitung Wedomosti. Dort sollen zunächst Generika produziert werden. Für die Zukunft ist auch die Herstellung selbst entwickelter Medikamente geplant.

Die russische Pharmaholding Valenta (zuvor „Otetschestwennye lekarstwa“) hat Anfang April den Bau eines neuen Werks angekündigt. Am bestehenden Standort Schtschjolkowo bei Moskau soll bis 2010 eine Fertigungsstätte für Tabletten und Ampullen nach internationalem GMP-Qualitätsstandard (Good Manufacturing Practice) entstehen. Die Investitionen betra-

gen nach Firmenangaben bis zu 70 Mio USD.

Auch die in der Schweiz sitzende Nycomed plant rund 75 Mio USD Investitionen in eine russische Produktionsstätte. Das Unternehmen rechnet damit, seine Verkäufe im GUS-Raum von 367 Mio USD (2007) auf 1 Mrd USD im Jahr 2012 zu steigern. Eine eigene Fertigung in Russland strebt auch Novartis-Sandoz an. Der Einstieg könnte zum Beispiel über den Kauf eines einheimischen Produzenten gelingen, schreiben Moskauer Zeitungen.

Im Forschungsbereich steigt ebenfalls das Interesse: Die US-Firma Pharmaceutical Product Development, die auf Medikamententests spezialisiert ist, hat zu Jahresbeginn 2008 die russische InnFarm gekauft. Derzeit arbeiten in Russland rund 50 Unternehmen auf diesem Gebiet, internationale Anbieter kontrollieren 50% des Marktes.

Gleichzeitig schauen sich russische Hersteller im Ausland nach Aktiva um. Die Moskauer FarmSintes, die auf Diagnostika und Krebsmittel spezialisiert ist, plant den Kauf einer Fabrik in Frankreich. Das soll den Marktzugang in Europa erleichtern.

S.Z./NfA/26.5.2008

Produktionsvolumen ausgewählter Arzneimittel in Russland
(in Mio Packungen)

Produkt	2005	2006	2007
Antibiotika	95	107	117
Präparate f. Herz- und Gefäßkrankheiten	371	346	348
Blutersatzmittel u. andere Plasmaersatzmittel	31,4	31,2	50,8
Schmerz- und fiebersenkende Mittel	681	742	723
Vitaminpräparate	172	211	200
Präparate zur Behandlung von Hormon-, Darm- und anderer Krankheiten	129	280	293
Tuberkulose-Präparate	14,8	14,6	11,3
Asthma- und Histaminose-Präparate	54,7	51,6	41,5
Krebspräparate	8,1	6,6	8,0
Präparate für neuropsychologische Erkrankungen	115	100	81,7
Präparate für Augenerkrankungen	29,7	37,1	37,1

Quelle: Föderaler Statistikdienst

USD, ein Plus von 14% im Vergleich zum Vorjahr.

Lokale Betriebe sind vor allem im Billigsegment erfolgreich: Während eine Medikamentenpackung aus russischer Produktion 2007 durchschnittlich rund 0,56 USD gekostet hatte, lagen Importpräparate bei 3,49 USD. Die erfolgreichsten Anbieter von Arzneimitteln waren

am Arzneimittelmarkt auf 50% zu steigern. Dafür will die Regierung unter anderem die Lizenzproduktion ausländischer Marken fördern. Über einen staatlichen „Fonds zur innovativen Entwicklung der Pharmaindustrie“ soll der Erwerb solcher Lizenzen kofinanziert werden. Außerdem will der Staat als Einkäufer für ein bestimmtes Abnahmevo-

OSTEUROPA / KONJUNKTUR

ZEW: Konjunkturoxperten zeigen sich zurückhaltender

MANNHEIM (Dow Jones)--Nach einer kontinuierlichen Verbesserung der Konjunkturerwartungen für die Länder Mittel- und Osteuropas (CEE) während der letzten drei Monate, zeigen sich die Finanzexperten im Mai zurückhaltender. Der CEE-Indikator, der als Saldo der positiven und negativen Erwartungen für die wirtschaftliche Entwicklung in der CEE-Region auf Sicht von sechs Monaten vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, mit Unterstützung der Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG, Wien, monatlich ermittelt wird, geht in der aktuellen Umfrage um 11,6 Punkte auf minus 24,1 Punkte zurück.

Die Mehrheit der Analysten erwartet aber, dass die konjunkturelle Entwicklung weiterhin unver-

ändert bleibt. Die aktuelle Lage werde trotz eines leichten Rückgangs um 3,3 Punkte mit einem Saldo von 36,7 Punkten weiterhin positiv beurteilt. 36,7% der Teilnehmer hätten die Situation in der CEE-Region als „gut“ bezeichnet, 63,3% als „normal“ und kein einziger Experte bewertet die aktuelle Lage als „schlecht“.

Wie es in der Mitteilung des ZEW weiter heißt, haben sich die Konjunkturprognosen der Umfrageteilnehmer im Mai für alle untersuchten CEE-Länder mit Ausnahme von Ungarn vor dem Hintergrund der möglichen Auswirkungen der internationalen Finanzmarktkrise verschlechtert. Sowohl die Verringerung der grenzüberschreitenden Kapitalflüsse und die damit verbundene Kreditverknappung als auch

der erwartete Wachstumsrückgang in der Eurozone könnten die Einschätzungen der Analysten beeinflussen. Die aktuelle wirtschaftliche Lage werde im Gegensatz zu den Erwartungen für die meisten Länder nach wie vor durch einen positiven Saldo charakterisiert. Die Slowakei steche mit einem Saldo von 63,0 Punkten auch in diesem Monat hervor.

Zur CEE-Region zählen Bulgarien, Kroatien, Tschechien, Ungarn, Polen, Rumänien, Serbien, die Slowakei und Slowenien.
jst/NfA/26.5.2008

Den ausführlichen „Financial Market Report CEE“ finden Sie auf unserer Website www.djnewsletters.de im Bereich Zusatzinformationen.

BALTIKUM / BANKEN

Die Hansabank wird zur Swedbank

TALLINN (Dow Jones)--Der Marktführer unter den Kreditinstituten im Baltikum, die ursprünglich estnische Hansabank, verschwindet von der Bildfläche und wird zur Swedbank. Die schwedische Eigentümerin des Hansabank kündigte an, ab Herbst innerhalb eines Jahres sämtliche Hansabank-Fillialen in Estland, Lettland und Litauen mit dem neuen Erscheinungsbild zu versehen. Die Hansabank ist auch in Russland aktiv - dort allerdings bereits jetzt unter dem Swedbank-Logo. Seit 2005 gehörte die unmittelbar nach der Unabhängigkeit der baltischen Staaten von der Sowjetunion gegründete Hansabank den Schweden zu 100%.

Die Swedbank folgt damit markenstrategisch ihrer schwedischen Hauptkonkurrentin im Baltikum, der SEB. Diese ließ bereits die individuellen Namen ihrer baltischen Töchter von der Bildfläche verschwinden.
APA/NfA/26.5.2008

BULGARIEN / POLITIK

Regierung will Vergabe von EU-Geldern kontrollieren

SOFIA (Dow Jones)--Als Antwort auf die Vorwürfe aus Brüssel, Bulgarien veruntreue EU-Gelder, will Sofia die Vergabe von Geldern aus EU-Fonds künftig besser überwachen. Entsprechende Maßnahmen stellte die Regierung vor. So wolle das Land Brüssel etwa eine „schwarze Liste“ von Firmen vorlegen, die bereits EU-Gelder hinterzogen hätten.

Bis zum 20. Juni solle zudem ein Entwurf für ein geändertes Gesetz über die Vergabe öffentlicher Aufträge entstehen, sagte die neue Vize-Ministerpräsidentin Meglena Pluhtschiewa. Wir haben einen „sehr klaren Willen“ und haben bereits mit „reellen Taten“ begonnen, betonte Pluhtschiewa. Sie kündigte darüber hinaus an, die mit der Vergabe von EU-Geldern beauftragten Ministerien und Behörden personell und strukturell umzubilden.
APA/NfA/26.5.2008

RUSSLAND / ENERGIE

Jushno Ruskoje puscht Gasproduktion von Wintershall

Förderung entwickle sich außerordentlich erfolgreich / Von Andreas Heitker

BERLIN (Dow Jones)--Die BASF-Tochter Wintershall AG hat ein positives Zwischenfazit der vor rund einem halben Jahr aufgenommen Produktion im Gasfeld Jushno Ruskoje gezogen. Die Gasförderung entwickle sich hier „außerordentlich erfolgreich“, sagte Wintershall-Vorstand Rainer Seele in einem Interview mit Dow Jones Newswires. 2008 werde die Förderung 13 Mrd cbm Erdgas betragen. Im nächsten Jahr - und damit zwei Jahre früher als ursprünglich geplant - solle dann bereits die Spitzenproduktion von 25 Mrd cbm erreicht werden.

Offiziell war die Gasproduktion von Jushno Ruskoje Mitte Dezember gestartet. Erstes Gas war aber bereits im Oktober 2007 gefördert worden. Wintershall ist mit knapp 25% an dem Gazprom-Feld beteiligt. An einer solchen Beteiligung ist auch E.ON interessiert, konnte sich aber in mittlerweile mehrere Jahre andauernden Verhandlungen noch nicht mit Gazprom über die Bedingungen einigen. Jushno Ruskoje verfügt nach Angaben der Unternehmen über Reserven von 600 Mrd cbm.

Wintershall will die eigene Gasproduktion mit dem Einstieg bei dem Gasfeld deutlich erhöhen. 2007 hatte der Konzern knapp 7,8 Mrd cbm Erdgas gefördert. Seele verwies darauf, dass derzeit in dem sibirischen Feld schon täglich 35 Mio cbm Gas aus 63 Bohrungen gefördert würden. Die Lagerstätte könne die russischen Gasexporte nach Deutschland für weitere 15 Jahre gewährleisten.

Das Gas aus Sibirien wollen die Unternehmen künftig auch über die geplante Ostseepipeline „Nord Stream“ transportieren. Seele forderte noch einmal eine stärkere politische Unterstützung für Nord Stream. Es gebe zurzeit kein anderes Pipeline-Projekt, das Nord Stream ersetzen könne, sagte er. Es gebe keine gleichwertige Alternative. Seele hofft, dass die Bedenken gegen die Gasleitung durch die Ost-

see in Schweden weitgehend ausgeräumt sind und das laufende Genehmigungsverfahren hier nun einen positiven Verlauf nimmt. Allerdings sei der Abstimmungsprozess in Finnland nach wie vor „schwierig“, räumte er ein.

Seele stellte klar, dass die geplante Anbindung von Nord Stream auf dem deutschen Festland durch zwei neue Pipelines wie geplant fertig werde. Trotz der Bürgerproteste gegen die Projekte und der noch nicht abgeschlossenen Verhand-

lungen mit der Bundesnetzagentur werde die OPAL-Leitung 2011 in Betrieb gehen und die NEL-Leitung ein Jahr später. Für den Bau der 480 Kilometer langen OPAL-Pipeline seien bis Ende 2008 alle notwendigen Genehmigungen zu erwarten.

OPAL soll das Gas aus der Ostseepipeline in Richtung Süden zur deutsch-tschechischen Grenze weiter transportieren. An der Pipeline ist neben dem Wintershall-Gazprom-Joint-Venture Wingas auch E.ON Ruhrgas mit 20% beteiligt. Die 370 Kilometer lange NEL, an der Wingas einen 75%- und Ruhrgas einen 25%-Anteil halten wird, soll die Ostseepipeline dagegen in Richtung Westen anbinden. Wintershall will in die beiden Leitungen sowie in den Ausbau ihrer Gasspeicher in den kommenden Jahren insgesamt 3 Mrd EUR investieren.

Nach Angaben von Seele wurde bei der Netzagentur ein Antrag gestellt, dass die beiden neuen Pipelines von der Regulierung ausgenommen werden. Er wollte aber nicht prognostizieren, wie die Bonner Behörde entscheiden wird. Es gebe zurzeit „sehr konstruktive Gespräche mit der Bundesnetzagentur“, sagte Seele lediglich.

Die Regulierungsbehörde sieht offenbar Wettbewerbsprobleme bei den Pipeline-Projekten und fordert von den Unternehmen, dass auch Dritte Zugang zu den Leitungen erhalten sollen. Seele verwies nun aber darauf, dass Wingas bereits 2007 in einer sogenannten Open Season den Bedarf nach Kapazitäten abgefragt habe. „Wir haben ja selbst auch ein Interesse, mit den Pipelines ein Geschäft zu machen“, sagte er. *hei/NfA/26.5.2008*



Gasfeld Jushno Ruskoje: Das hier geförderte Gas soll künftig auch über die geplante Ostseepipeline „Nord Stream“ nach Deutschland transportiert werden. *Foto: Wintershall*

UKRAINE / AGRARSEKTOR

Exportbeschränkungen für Getreide aufgehoben

KIEW (AP)--Die Ukraine hat alle Beschränkungen für den Export von Getreide aufgehoben. Das Landwirtschaftsministerium in Kiew erklärte in einer Stellungnahme, die Begrenzungen seien weder 2008 noch in den kommenden Jahren erforderlich. Die Ukraine ist einer der größten Getreideexporteure der Welt. Die 2007 verhängten Exportbeschränkungen hatten dazu beigetragen, dass die Getreidepreise auf dem Weltmarkt weiter anstiegen. Die Weltbank hatte die Ukraine mehrfach aufgefordert, die Beschränkungen aufzuheben. Im vergangenen Jahr produzierte das Land rund 30 Mio t Getreide. Das Nachbarland Kasachstan hatte im April Getreideexporte untersagt. *NfA/26.5.2008*

RUSSLAND / MASCHINEN

Elektrokonzern ABB baut Werk im Ural

JEKATERINBURG (Dow Jones)--Der Schweizer Elektrotechnikkonzern ABB baut im Uralgebiet Swerdlowsk ein Werk für die Herstellung von Stromübertragungs- und Verteilungsanlagen. Die Kosten des Bauvorhabens belaufen sich auf 90 Mio USD, die Baufläche beträgt 80 ha, meldet RIA Nowosti unter Berufung auf den Generaldirektor von „ABB Elektrotechnik“, Damir Latypow. Nach Aussage des Generaldirektors soll der Bau noch im laufenden Jahr beginnen. Das Werk werde im ersten Quartal 2010 erste Produkte herstellen, sagte Latypow. Zu den Hauptkunden zählte Latypow die Stromgesellschaften sowie andere Großbetriebe. *NfA/26.5.2008*

POLEN / HEIZUNG UND KLIMATECHNIK

Steigende Nachfrage nach Klimageräten

Hitzewellen und Hochbauten fördern Absatz / Von Beatrice Repetzki

WARSCHAU (Dow Jones/bfai)--Mit den ersten warmen Tagen belebt sich die Nachfrage nach Klimageräten in Polen. Branchenkenner schätzen des Wert dieses Marktes inzwischen auf rund 295 Mio EUR. Nicht nur die zahlreichen neu gebauten Bürohäuser und Einkaufszentren, sondern auch die geplanten Wolkenkratzer sind zu klimatisieren. Aufgrund immer extremerer Hitzewellen statten sich auch private Haushalte verstärkt mit Klimaanlage aus.

Noch gelten Klimageräte in Privatwohnungen als Luxus. Dennoch steigt die Nachfrage angesichts starker Hitzewellen kräftig; allein 2007 um 120%. Das Segment der Privathaushalte macht etwa ein Drittel des Marktes für Klimaausrüstungen aus, den Branchenexperten wie der Vorsitzende von Panasonic Polska, Kazimierz Monkiewicz, auf derzeit rund 1 Mrd Zloty p.a. (PLN;

rund 295 Mio EUR, 1 EUR = 3,39 PLN) veranschlagen. Er beruft sich dabei auf Angaben seiner Partnerfirma Airconsys, die in Polen zunächst einfachere Geräte anbieten will. Führend unter den polnischen Herstellern und Distributoren von Ventilationsvorrichtungen und Klimaanlage ist das Unternehmen Centrum Klima, das gegenüber der Tageszeitung Rzeczpospolita Investitionen in seine Produktions- und Lagerkapazitäten ankündigte.

Die Anbieter von Klimatechnik setzen jedoch hauptsächlich auf die Ausstattung von Einkaufszentren und Bürohäusern. Allein 2008 und 2009 ist die Eröffnung von insgesamt über 3 Mio qm Verkaufsflächen in Handlungsgalerien vorgesehen. Gleichzeitig sollen rund 1,7 Mio qm Büroflächen hinzu kommen. Bauträger wie Investment-Fonds errichten Bürohäuser gehobenen Standards,

nach denen die Nachfrage in Warschau, Katowice, Krakow und Wroclaw besonders groß ist.

So befinden sich in Krakow laut dem Immobilienberatungsunternehmen Cushman & Wakefield rund 447.000 qm Büroflächen im Bau oder in Planung; Ende 2007 verfügte die Stadt über 350.000 qm solcher Flächen. Mehr als verdoppeln will auch die Dreistadt Gdansk-Sopot-Gdynia (Danzig-Zoppot-Gdingen) ihre Büroflächen von derzeit 230.000 qm. Weitere 270.000 qm sollen neu entstehen. Auch der Trend zu besonders hohen Gebäuden in Polen ist dem Absatz von Klimasystemen förderlich. Die Klimatisierung großer Objekte kostet mehrere Millionen Euro. Generell werden immer mehr neu gebaute Wohneinheiten mit Klimaanlage ausgestattet. *B.R./NfA/26.5.2008*

POLEN / PERSONAL

Gehälter wachsen immer schneller

Weiterer Anstieg der Leitzinsen erwartet

WARSCHAU (Dow Jones)--Das Tempo, in dem die Gehälter in der polnischen Privatwirtschaft steigen, hat im April noch einmal zugelegt. Im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr verdienten die Polen im Durchschnitt 12,6% mehr, im März waren es noch 10,2%. Demnach könnte der Durchschnittsverdienst Ende des Jahres bis auf 3.500 Zloty (PLN; rund 1.000 Euro) klettern. Beim EU-Beitritt Polens vor vier Jahren war er noch bei 2.300 PLN gelegen.

„Die Gehälter steigen so schnell, weil auch die wirtschaftliche Aktivität der Unternehmen stark wächst“, erläutert Ernest Pytlarczyk, Volkswirt bei der BRE Bank, gegenüber der Tageszeitung „Dziennik“. Ein Teil des Wachstums gehe auf die Vergütung von Überstunden und effektivere Akkordarbeit zurück. Wie er geht auch Jacek Winsiewski, Chef-Volkswirt der Raiffeisen Bank

Polska, davon aus, dass die Gehälter in diesem Jahr weiter steigen werden.

Gleichzeitig mit dem Durchschnittsgehalt stieg auch die Zahl der in Polen Beschäftigten um 5,6%. Dieser Zuwachs fiel allerdings geringer aus als von Experten vermutet. Im April entstanden demnach 5.000 neue Arbeitsplätze, während es im gleichen Monat des Vorjahres noch 16.000 waren. Eine Erklärung dafür sehen Experten in der Annahme, dass die Gehälter derzeit stärker wachsen als die Produktivität.

Beobachter gehen davon aus, dass der Rat für Geldpolitik bei der Nationalbank aufgrund der steigenden Gehälter den Leitzins schon bald weiter erhöhen wird - dann zum siebenten Mal innerhalb von zwölf Monaten. Derzeit liegt er bei 5,75%. *APA/NfA/26.5.2008*

ASIEN-PAZIFIK**AUSTRALIEN / INFRASTR.****Leighton-Konsortium erhält PPP-Auftrag**

SYDNEY (Dow Jones)--Der australische Bundesstaat Queensland hat einen Straßenbauauftrag an ein Konsortium erteilt, das von der Macquarie Group Ltd angeführt wird und an dem auch zwei Töchter der Leighton Holdings Ltd beteiligt sind. Das PPP-Projekt (Public-Private-Partnership) habe ein Volumen von über 4,8 Mrd AUD (2,9 Mrd EUR) und ist damit das bislang größte seiner Art in Australien, teilte der Bundesstaat mit.

Das Konsortium BrisConnections soll nun eine sieben Kilometer lange gebührenpflichtige Straße zum Flughafen in Brisbane und einen Tunnel für 3,4 Mrd AUD bauen. Hinzu kommen zwei weitere Straßenbauprojekte für 444 Mio bzw 272 Mio AUD. Inklusiv der Kosten für das Land kommt das Projekt damit auf ein Volumen von 4,8 Mrd AUD, der Bundesstaat will 1,5 Mrd AUD dafür zahlen. Baubeginn ist dieses Jahr, und die Fertigstellung ist für 2012 geplant.

Das Konsortium will das Projekt durch Aufnahme von Verbindlichkeiten finanzieren. Zusätzlich strebt BrisConnections noch im laufenden Jahr an die Börse.

BrisConnections soll den Tunnel zum Flughafen finanzieren, besitzen und betreiben. Die Hochtief-Tochter Leighton übernimmt für fünf Jahre Dienstleistungen und Wartungsarbeiten an dem Tunnel und erhält dafür einen Festbetrag.

NfA/26.5.2008

INDIEN / ENERGIE**Bau eines LNG-Terminals in Mundra**

NEW DELHI (Dow Jones/bfai)--Ein Konsortium bestehend aus Adani Group, Gujarat State Petroleum Corporation (GSPC) und Essar Oil wird im Hafen von Mundra (Bundesstaat Gujarat) ein Terminal für Liquefied Natural Gas (LNG) errichten. Die Anlage soll über eine Kapazität von 10 Mio t pro Jahr verfügen. Die geschätzten Gesamtkosten des Projekts belaufen sich auf 100 Mrd INR (1,6 Mrd EUR).

B.A./NfA/26.5.2008

INDIEN / INFRASTRUKTUR**Regierung kündigt Bau von Werft in Poovar an**

NEW DELHI (Dow Jones/bfai)--Die Regierung des südindischen Bundesstaates Kerala hat den Bau einer Werft in Poovar angekündigt. Die Anlage erstreckt sich über eine Küstenlinie von 2,5 km Länge und einer Gesamtfläche von 4 qkm. Das Hafenbecken soll auf eine Tiefe von 12 bis 22 m ausgebaut werden. Die Mumbai Port Trust ist mit der Durchführung des Vorhabens betraut.

B.A./NfA/26.5.2008

PAKISTAN / TEXTIL UND LEDER**Investoren für die Textilindustrie gesucht**

Entwicklung eines Branchenparks nahe Karachi kommt voran / Hoher Wettbewerbsdruck / Von Fabian Nemitz

ISLAMABAD (Dow Jones/bfai)--In der Nähe der pakistanischen Wirtschaftsmetropole Karachi entsteht ein Textilpark. Dieser soll Investoren anziehen und der Branche neuen Schwung verleihen. Die Textil- und Bekleidungsindustrie ist Pakistans wichtigster Industriezweig. Die Exporte der Branche stehen für rund zwei Drittel der gesamten Ausfuhr des Landes. Allerdings hat sich das Wachstum des Zweigs in den vergangenen Jahren abgeschwächt. Die Branche steht unter hohem internationalen Wettbewerbsdruck.

„Textile City“ heißt das neue Stadtviertel, das nahe des Hafens Qasim Karachi entsteht. Dort sollen einmal Betriebe der Textil- und Bekleidungsindustrie unter Vorzugsbedingungen produzieren und zollfrei exportieren können. Wie die pakistanische Tageszeitung Dawn berichtet, sind die Planierungsarbeiten und der Bau der Straßen auf dem Gelände fast abgeschlossen. Danach erfolgt der Anschluss an die Wasserversorgung. Benötigt werden 80 Mio l pro Tag, denn dort werden vor allem solche Betriebe angesiedelt, die Wasser für ihre Produktionsprozesse benötigen.

Insgesamt umfasst der Industriepark eine Fläche von gut 500 ha. Rund 310 ha davon sind für Industrieansiedlungen mit unterschiedlichen Grundstücksgrößen bestimmt (0,2 bis 2 ha). Im 3. Quartal 2008 sollen die Bewerbungen dafür beginnen. Das Gelände wird nach Angaben des künftigen Betreibers Textilbetrieben eine moderne Infrastruktur mit guter Verkehrsanbindung, sicherer Strom-, Wasser- und Gasversorgung und Dienstleistungen nach dem One-Window-Prinzip bieten.

Vorgesehen sind zudem Anlagen für die Abwasserbehandlung. Der Strombedarf des Industrieparks wird auf 250 MW geschätzt. Hierfür soll auch eigens ein Kraftwerk errichtet werden. Die Gesamtkosten für das Projekt - ohne das Kraftwerk - werden auf umgerechnet 103 Mio EUR (11 Mrd pakistanische Rupien; 1 EUR = 107,07 PKR) geschätzt.

Unternehmen aus der VR China, der Türkei und Südkorea sind dem Vernehmen nach an der Gründung von Gemeinschaftsunternehmen mit pakistanischen Textilbetrieben in dem Industriepark interessiert. Betreiber des Industrieparks ist die Pakistan Textile City Limited, ein Joint Venture öffentlicher und privater Kapitalgeber mit einem Grundkapital von umgerechnet rund 22 Mio EUR. Beteiligt sind unter anderem der pakistanische Staat (45,5%), die Provinz Sindh (9,09%) und die Nationalbank NBP (4,55%).

Der Textilpark soll der Entwicklung der pakistanischen Textilindustrie neue Impulse geben und helfen, das internationale Marketing der Branche zu verbessern. Seit dem Auslaufen des Quoten-Systems der WTO für Textilien Ende 2004 hat sich die internationale Wettbewerbssituation der Textilindustrie verschärft. Neue Anbieter drängen auf den Markt.

Neu Impulse für den Industriezweig erhofft

Die Lage der pakistanischen Hersteller ist schwierig. Aufgrund der Energiekrise im Land haben sie mit häufigen Stromausfällen zu kämpfen. Zudem klagt die Textilindustrie über die kürzlich erfolgte Erhöhung der Energiepreise. Der Staat fährt die Subvention von Energie-

zeugung. Sichuan versorgt andere Provinzen in industrialisierten Gegenden Chinas mit Energie, und Unterbrechungen könnten die stark auf elektrischen Strom angewiesenen Aluminiumwerke in anderen Teilen des Landes beeinträchtigen. Die verbleibenden drei Aluminiumhütten in Sichuan arbeiten allerdings normal, hier gibt es laut Macquarie keine größeren Ausfälle. Die Anlage der Guangyuan Qimingxing mit einer Jahresleistung von 130.000 t war nach dem Beben etwa vier bis fünf Stunden von der Stromzufuhr abgeschnitten, ist aber innerhalb weniger Tage voll wiederhergestellt worden.

Bei Zink schätzt Macquarie die von der Krise betroffene Schmelz-

wickelten sich in dem genannten Zeitraum rückläufig (-21,7%). Im Fiskaljahr 07/08 peilt Pakistan ein Exportvolumen von 19,2 Mrd USD an. Ob dieses noch erreicht werden kann, ist fraglich. Allerdings haben sich die Exporte im Nicht-Textilbereich im Zeitraum Juli 2007 bis Februar 2008 erfreulich entwickelt. Sie stiegen nomi-



Textilmaschine: In der Nähe von Karachi sollen in der „Textile City“ demnächst Betriebe der Textilindustrie zu Vorzugsbedingungen produzieren können. Foto: Quaitista

USA und Europas keinen Zollabgaben unterliegen. Bei hochpreisigen Textilien und Kleidungsstücken ist Pakistan weiterhin international nicht wettbewerbsfähig.

In den ersten acht Monaten des Fiskaljahrs (Juli 2007 bis Februar 2008) waren Pakistans Textilexporte rückläufig. Sie schrumpften um 2,9% und erreichten einen Wert von 6,83 Mrd USD. Textilien und Bekleidung stehen für etwa zwei Drittel der gesamten pakistanischen Ausfuhr. Auch die Importe von Textilmaschinen ent-

nal um rund 27% auf 4,87 Mrd USD. Der Zuwachs stammt vor allem aus höheren Exporten von Sportartikeln, Lederwaren, medizinischen Geräten, Juwelen und Edelsteinen sowie Möbeln.

N.M./NfA/26.5.2008

KONTAKT:

Pakistan Textile City Ltd.
Tel.: 0092/21/111 711 117
Internet:
www.textilecity.com.pk
E-Mail: info@textilecity.com.pk

VR CHINA / METALLE**Kaum Erdbebenfolgen für Metallproduktion erwartet**

Maquarie Bank schätzt die Ausfälle bei Aluminium und Zink als geringfügig ein / Mögliche Stromausfälle befürchtet

SYDNEY (Dow Jones)--Die Sorge um die Folgen des Erdbebens in China in der vergangenen Woche bleibt das zentrale Thema am Metallmarkt. Die Macquarie Bank schreibt allerdings in einem aktuellen Report, in den Aluminium- und Zinkanlagen schienen die Produktionsverluste nur minimal zu sein. Zwar seien in Sichuan und den angrenzenden Gebieten anscheinend etwa 730.000 t Aluminium- und 300.000 t Zinkkapazität betroffen. Die geschätzten Ausfälle in der Aluminiumerzeugung seien aber gering und bei Zink werde der eingebüßte Output nur zwischen 20.000 und 30.000 t liegen.

In der Provinz Sichuan befinden sich vier Aluminiumhütten, und am schlimmsten betroffen ist Aba Aluminium. Hierbei handelt es sich aber um ein Anlagenprojekt mit einer Jahreskapazität von 150.000 t, bei dem die Produktion eigentlich erst in diesem Mai beginnen sollte. Die Situation bei Aba bestehe offenbar eher in einer Verzögerung als in einer direkten Produktionseinstel-

lung, meinte Macquarie, und die allgemeinen Einbußen in der Aluminiumerzeugung würden eher minimal sein. Im Jahr 2007 wurden in der Provinz Sichuan 513.000 t raffiniertes Aluminium hergestellt, das entspricht etwa 4% der nationalen Produktion.

Allerdings warnen Marktbeobachter nun vor Schäden an den Staudämmen für die Stromer-

zeugung. Sichuan versorgt andere Provinzen in industrialisierten Gegenden Chinas mit Energie, und Unterbrechungen könnten die stark auf elektrischen Strom angewiesenen Aluminiumwerke in anderen Teilen des Landes beeinträchtigen. Die verbleibenden drei Aluminiumhütten in Sichuan arbeiten allerdings normal, hier gibt es laut Macquarie keine größeren Ausfälle. Die Anlage der Guangyuan Qimingxing mit einer Jahresleistung von 130.000 t war nach dem Beben etwa vier bis fünf Stunden von der Stromzufuhr abgeschnitten, ist aber innerhalb weniger Tage voll wiederhergestellt worden.

Bei Zink schätzt Macquarie die von der Krise betroffene Schmelz-

kapazität auf 300.000 t. Der Betrieb sei möglicherweise für sieben bis 15 Tage oder auch länger suspendiert worden. Der daraus folgende Produktionsverlust von 20.000 bis 30.000 t entspreche weniger als 1% von Chinas gesamtem Output. Dieser geringfügige Einschnitt werde wohl kaum den am Zinkmarkt für 2008 vorausgesagten Überschuss nennenswert reduzieren. Der Zinkmarkt der Londoner Metallbörse steht unter dem Druck wachsender Konzentrationen. Seit Beginn des Jahres haben sich die Zinkbestände in den Börsenlagern um 41% erhöht, während sich die Verbrauchernachfrage in Europa und den USA weiterhin schwach gestaltet.

NfA/26.5.2008

SCHWEIZ / KONJUNKTUR

Leichte Bewölkung am Konjunkturhimmel

Exporte und Investitionen stützen die Wirtschaft / Von Axel Simer

KÖLN (Dow Jones/bfai)--2004 bis 2007 hat die Schweiz einen wahrhaftigen Konjunkturboom durchlebt, der in diesem Jahr zusehends abflacht. Die Abkühlung bei den Investitionen und den Exporten ist besonders ausgeprägt; sie bleiben dennoch Wachstumsmotoren. Als Hauptprobleme gelten der schwache Dollarkurs gegenüber dem Franken und die unsichere Weltkonjunktur. Die US-Immobilienkrise hat einige Schweizer Großbanken arg in Mitleidenschaft gezogen; die Auswirkungen auf die Realwirtschaft sind jedoch bisher sehr begrenzt.

Die sich abschwächende Konjunktur hat niemanden in der Schweiz überrascht. Nach den Boomjahren 2004 bis 2007 war eine Abkühlung fällig. Nachdem das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2007 noch mit real 3,1% zulegen konnte, wird es 2008 voraussichtlich nur noch mit einer Rate von rund 2% expandieren und 2009 mit weniger als 2%. Kurz gesagt: Wachstum anhaltend, Dynamik nachlassend.

Export auf Rekordniveau

Für den Außenhandel war 2007 das beste Jahr der Geschichte. Der Export stieg um nominal 11% auf 197 Mrd CHF (121, 8 Mio EUR; 1 EUR = 1,63 CHF) und der Import um ebenfalls 11% auf 184 Mrd CHF. Auch der Exportüberschuss erreichte ein neues Hoch. Als Branchen mit überdurchschnittlichem Wachstum punktet die Nahrungsmittel-, die Uhren-, die Maschinenbau- und die Chemieindustrie. Wichtigste Exportgüter waren chemische und pharmazeutische Produkte mit einem Anteil von 33% an der Gesamtausfuhr. Auf Maschinen sowie elektrische und elektronische Geräte entfielen weitere 22%, auf Uhren und andere feinmechanische Präzisionsinstrumente 18%.

In den letzten Jahren ist die Bedeutung der Ausfuhr für die Schweizer Wirtschaft kontinuierlich gewachsen und beträgt inzwischen mehr als 50% des BIP. Die Entwicklung der nationalen Konjunktur hängt damit mehr als früher mit den Perspek-

tiven auf den Weltmärkten zusammen. Während der Export den Aufschwung, der Ende 2003 einsetzte, maßgeblich mitgetragen hat, wird es jetzt schwieriger.

Der Unternehmerdachverband Economiesuisse nennt die Aufwertung des Schweizer Franken und die rezessiven Tendenzen in

gehende globale Wachstumsverlangsamung werde sich somit auch in der Schweiz allmählich negativ bemerkbar machen.

Bei der Inflation sind weder 2008 noch 2009 übermäßigen Ausschläge zu erwarten. Das überraschend gute Ergebnis des Jahres 2007 von weniger als 1% wird sich zwar nicht wiederholen lassen, doch werden in den beiden Folgejahren die Preise für Konsumgüter jeweils mit Raten von weniger als 2% steigen. Damit präsentiert sich die Schweiz - trotz kräftig angezogener Preise für Energie, Lebensmittel und einiger Rohstoffe - im europäischen Vergleich musterhaft. Ein geldpolitisch moti-

glaubt ebenfalls, dass der Export 2008 ein Wachstumsmotor bleiben wird. Ein Rezessionsrisiko besteht nach einhelliger Ansicht nicht.

Der private Konsum wird leicht nachgeben, jedoch weiterhin beständig expandieren. Hauptverantwortlich dafür ist die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt der letzten Jahre. Die Arbeitslosenquote ist beträchtlich gefallen und wird 2008 weiter zurückgehen. Lag sie 2005 noch bei 3,8%, so erreichte sie 2007 2,8% und 2008 voraussichtlich 2,4 bis 2,5%. Somit bleibt der Konsum eine solide Wachstumsstütze. In den ersten Monaten des Jahres 2008 haben insbesondere die Ausgaben für langlebige Konsumgüter überdurchschnittlich zugenommen. Beispielsweise liegen die Neuzulassungen von Pkw bereits seit Juli 2007 jeden Monat um mehr als 10% über dem Vorjahresniveau - ein deutliches Zeichen für das Vertrauen auf die Nachhaltigkeit des Aufschwungs der vergangenen vier Jahre.

Baukonjunktur schwächt sich ab

Ein gänzlich anderes Bild bieten die Bauinvestitionen. 2005 ging der Bauboom zu Ende, seither sind hier rückläufige Ausgaben zu verzeichnen. Frühestens 2009, möglicherweise erst 2010 dürften diese Investitionen wieder schwarze Zahlen schreiben. Der nominale Umsatz der Bauwirtschaft insgesamt ist 2007 indes erneut gestiegen. Er legte im Vergleich zum Vorjahr um 4,0% auf 17 Mrd CHF zu. Für die Zunahme war vor allem der Hochbau verantwortlich (plus 5,4%), der Tiefbau verbuchte ein Plus von 2,2%.

Der Schweizerische Baumeisterverband ließ allerdings im März verlauten, dass aufgrund der rückläufigen Auftragseingänge Ende 2007 und Anfang 2008 im Jahresver-

lauf eine Abschwächung der Baukonjunktur zu erwarten sei. Allerdings geht der Verband für 2008 von einem leichten Umsatzplus aus. Gründe: Im Tiefbau ist der Auftragsbestand aufgrund einiger laufender Großprojekte hoch, und im Hochbau wird 2008 insbesondere der Gewerbebau für ein Plus sorgen.

Positiv ist auch die Einschätzung des schweizerischen Immobilienmarktes und seiner Perspektiven. An den beiden primären Standorten für gewerbliche Immobilien - Zürich und Genf - wächst die Nachfrage, während das Angebot tendenziell stagniert oder sogar zurückgeht, so eine Analyse des Immobilienberaters CBRE von Anfang 2008.

Für den Finanzplatz Schweiz hält das Jahr 2008 indes keine erfreulichen Nachrichten bereit. Nach den Milliardenabschreibungen der Großbanken Crédit Suisse und UBS sowie des Rückversicherers Swiss Re ist weiterhin unsicher, ob das Ende der US-Immobilienkrise nah oder fern ist. „Vor uns liegt kein ruhiger Weg“, warnte Pierre Mirabaud in einem Interview mit der „Handelszeitung“ im April. Es werde mindestens zwei bis drei Jahre dauern, bis das Image der Schweiz wieder aufgebaut sei, so Mirabaud.

Liquiditätsgengnisse für die gewerbliche Wirtschaft sind nicht zu befürchten. Im 2. Quartal 2008 führte die Großbank UBS eine Unternehmensbefragung zur Verfügbarkeit von Bankkrediten durch. Aus Sicht der Unternehmen hat sich der Kreditmarkt im Vergleich zu Anfang 2007 nur unwesentlich verändert. Der aktuelle und zukünftige Bedarf an Kreditfinanzierungen - auch für den Kauf von Immobilien - kann durch das Schweizer Bankensystem problemlos gedeckt werden. Kurzfristige Zinsanstiege sind nicht in Sicht.

A.S./NfA/26.5.2008



UBS-Filiale in Zürich: Die Großbank musste wegen der Hypothekenkrise bislang 19 Mrd USD abschreiben. Foto: Winnie Quan

den USA als Hauptrisiken für die inländischen Unternehmen. Zwar exportiert die Schweiz nur rund 10% ihrer Waren in die USA, doch gehen sowohl Industrieverbände als auch die Konjunkturexperten der großen Banken davon aus, dass über „Zweitundeneffekte“ nach und nach die Nachfrage aus anderen Regionen der Welt zurückgehen wird. Die von den USA aus-

vierter Anstieg des nationalen Zinsniveaus gilt damit als unwahrscheinlich.

2007 haben vor allem der Export und die betrieblichen Investitionen die Gesamtwirtschaft angetrieben. In beiden Bereichen wird die Dynamik kräftig nachlassen, ohne jedoch für die Gesamtkonjunktur zu einer Belastung zu werden. Der Unternehmerverband Economiesuisse

EUROPA / METALLE

EU verbietet Quecksilberexport ab 2011

STRASSBURG (Dow Jones)--In der EU wird die Ausfuhr von Quecksilber und bestimmten Quecksilberverbindungen ab dem 15. März 2011 verboten. Das Europäische Parlament verabschiedete in zweiter Lesung entsprechende Vorgaben, über die zuvor ein Kompromiss mit dem EU-Ministerrat gefunden wurde. Damit ist die neue Regelung de facto verabschiedet. Nicht darunter fallen Quecksilberverbindungen, die in der Forschung oder für medizinische Zwecke benötigt werden.

Der Kompromiss enthält kein Importverbot, wie es das Parlament in erster Lesung gefordert hatte. Stattdessen sollen EU-Kommission und Mitgliedstaaten bis 2010 zunächst prüfen, ob dafür Bedarf besteht. Auch soll untersucht werden ob weitere Quecksilberverbindungen und quecksilberhaltige Produkte wie Thermometer unter das Exportverbot fallen sollen. Quecksilberabfall soll vor der endgültigen Entsorgung künftig in Salzgruben, tiefen Felsstollen oder sicheren anderen Stätten gelagert werden.

Bis Januar 2010 soll die Kommission eine Bilanz zu dieser Regelung ziehen. Quecksilber ist für Menschen hochgiftig. Es baut sich in der Umwelt nicht ab und sammelt sich in der Nahrungskette. Die weltweite Nachfrage nach Quecksilber lag laut Kommission 2005 bei rund 3.400 t pro Jahr und in der damaligen EU-25 bei rund 780 t. Als einziger bedeutender Abnehmer in der EU gilt heute noch die Chloralkali-Industrie, die aber auch die Nutzung von Quecksilber schrittweise zurückfahre. ang/NfA/26.5.2008

BELGIEN / HANDEL

Österreichische Post kauft Pharmalogistiker

WIEN (Dow Jones)--Die Österreichische Post AG hat die HSH Holding BVBA mit Sitz in Belgien übernommen. HSH fungiert als Holding für MIT NV und Distr NV, die in der nicht temperaturegeführten Pharmalogistik tätig sind, teilte der Konzern mit Sitz in Wien mit. Über den Kaufpreis wurden keine Angaben gemacht.

HSH erzielte im Jahr 2007 einen Umsatz von etwa 18 Mio EUR. Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit mit rund 5 Mio Paketen, liegt in den Benelux-Ländern. Die Österreichische Post baut damit, nach der Akquisition der beiden Firmen Van Osselaer Pieters Colli Service in Belgien und Dedicated Distribution Services (DDS) in den Niederlanden im Vorjahr, ihre Position in den Benelux-Ländern weiter aus. NfA/26.5.2008

ÖSTERREICH / WIRTSCHAFT UND POLITIK

Wien rechnet mit kleinem Konjunkturschub durch Fußball-EM

WIEN (AFP)--Die Fußball-Europameisterschaft in Österreich und der Schweiz wird der österreichischen Wirtschaft einer Studie zufolge einen Schub von rund 0,2 Prozentpunkten bringen. Die positiven Auswirkungen des Großereignisses würden aber nur kurz andauern, heißt es in einer Studie im Auftrag der österreichischen Regierung und der Wirtschaftskammer des Landes.

Das Großereignis vom 7. bis zum 29. Juni lasse einen zusätzlichen Umsatz von 1,132 Mrd EUR und eine Wertschöpfung von 640 Mio EUR erwarten, heißt es in der Studie. Österreich hat nach Angaben von Bundeskanzler Alfred Gusenbauer 133 Mio EUR in die Europameisterschaft gesteckt, 70 Mio EUR allein in den Ausbau der vier EM-

Stadien in Wien, Salzburg, Innsbruck und Klagenfurt.

Die ins Land strömenden Fans werden rund 560 Mio EUR ausgeben. Österreich rechnet mit bis zu 1,2 Millionen Besuchern aus dem Ausland und circa 2,2 Mio Übernachtungen. Rund 11.800 neue Vollzeit-Arbeitsplätze würden geschaffen.

Die Schweiz rechnet mit Einnahmen von 920 Mio EUR in Folge der EM. Rund 7.300 neue Jobs sollen demnach entstehen. In Deutschland hatte die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 der Wirtschaft nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung insgesamt keinen Schub gebracht. Wirtschaftlich kaum zu messen war aber der große Werbeeffekt für Deutschland. NfA/26.5.2008

WESTEUROPA

SCHWEDEN / FAHRZEUGE

Pkw-Markt bietet gute Absatzchancen

Neuwagenverkäufe beträchtlich gestiegen / Deutsche Zulieferer sind gut positioniert / Von Christian Tippelt

STOCKHOLM (Dow Jones/bfai)--Die Kfz-Industrie hat in Schweden einen immensen Stellenwert und eine lange Tradition. Mit den beiden Pkw-Herstellern Volvo und Saab, den Lkw-Produzenten Volvo Trucks und Scania sowie einer großen Anzahl wichtiger Kfz-Ausrüster verfügt das Land über mächtige, nationale Anbieter. Der Pkw-Markt bietet aufgrund der hohen Kaufkraft und der ausgeprägten Nachfrage der Bevölkerung gute Absatzchancen für Hersteller aus Deutschland. Der Marktanteil deutscher Anbieter ist trotz der starken in- und ausländischen Konkurrenz beachtlich.

Die Neuwagenverkäufe in Schweden legten 2007 gegenüber dem Vorjahr beachtlich zu (+8,5%). Mit knapp 307.000 verkauften Pkw war 2007 damit das fünft beste Absatzjahr des schwedischen Kfz-Handels überhaupt und das beste seit 1989. Bereits 2006 lag die Verkaufszahl mit 283.000 Pkw und einem Zuwachs von über 3% auf einem hohen Niveau. Nach Prognosen des Branchenverbandes Bil Sweden sollen 2008 immer noch etwa 285.000 Pkw abgesetzt werden.

Verkaufsrekord bei Lkw

Mit knapp 51.000 verkauften Lastern stellte sich 2007 ein Verkaufsrekord im Lkw-Handel ein. Den größten Anteil daran hatten leichte Lkw (bis 3,5 t) mit 44.000 zugelassenen Fahrzeugen. Gegenüber 2006 wuchs das Segment damit um 12%, und auch 2008 soll das Zulassungsniveau laut Verbandsprognosen hoch bleiben. Der Verkaufsboom in diesem Bereich hält schon seit 2005 an. Marktführer ist die Volkswagen-Gruppe, die auf ein äußerst erfolgreiches Jahr 2007 in Schweden zurückblickt und ihren Marktanteil von rund 24 auf über 27% ausbauen konnte. Auf den weiteren Plätzen folgten Nissan (Marktanteil: 10,6%), Renault (9,5%), Ford (8,7%) und Mercedes (7,9%).

Bei den schweren Lkw (über 16 t) stiegen die Verkäufe um 10,5% auf 5.861 Fahrzeuge. Marktführer sind dabei die inländischen Hersteller Volvo und Scania. Die bei-

den Unternehmen haben in diesem Segment zusammen einen Marktanteil von über 85%. Mit einer Absatzsteigerung von 50% gegenüber dem Vorjahr konnte Mercedes-Benz 2007 kräftig zulegen. Damit verfügt der deutsche Hersteller in Schwe-

den über einen Anteil von mehr als 9% im LKW-Geschäft. Alle anderen Anbieter sind aufgrund der Dominanz von Volvo und Scania bislang chancenlos.

Zum Jahresende 2006 waren in Schweden insgesamt 4,2 Mio Pkw zugelassen. Das Land hat den drittältesten Kfz-Fuhrpark in Westeuropa: Knapp 40% der Fahrzeuge sind

älter als zehn Jahre. Auch der Anteil von Pkw ohne Katalysator lag Ende 2006 mit 8% weit unterhalb des westeuropäischen Durchschnitts.

Die 2006 eingeführten Steuerbegünstigungen für Diesel-Pkw wirken sich weiterhin positiv ihren Absatz aus. Im Jahr 2007 waren 34,7% aller Neuzulassungen Dieselfahrzeuge. Allerdings rangiert Schweden damit im europäischen Vergleich nach wie vor auf einem der letzten Plätze. Bil Sweden erwartet jedoch, dass der Anteil der Zulassungen von Diesel-Pkw innerhalb der nächsten drei Jahre immer größer wird.

bleiben. Auch die heimischen Produzenten Volvo und Saab verstärken ihre Aktivitäten auf diesem Gebiet. So wird etwa Saab innerhalb des GM-Konzerns die Entwicklungsführerschaft für den Einsatz von Biotreibstoffen übernehmen.

Verwirrung um „Umweltautos“

Die Tankstellennetze sowie die Produktionskapazitäten für Biotreibstoffe wurden und werden im Land erweitert. Unterschiedliche Definitionen bei den Behörden, was als „Umweltauto“ zählt und damit Vergünstigungen herbeiführt, stif-

ten indes Verwirrung bei den Konsumenten.

Deutsche Zulieferer sind auf dem hoch entwickelten schwedischen Markt für Kfz-Teile gut positioniert. Sie steuern nach Expertenschätzung zu jedem in Schweden produzierten Pkw einen Anteil von etwa 30% bei. Wachsende Lieferchancen für deutsche Exporteure bestehen derzeit

vor allem bei sicherheitsrelevanter Fahrzeugtechnik, wie etwa der „Pre-Crash-Sensorik“. Neben den Pkw-Herstellern sind die schwedischen Lkw-Produzenten wichtige Kunden für die Zulieferindustrie. Insbesondere bei der Entwicklung neuer Motoren sowie neuer Lkw-Generationen sind die Perspektiven für deutsche Exporteure gut. Mit den weltweit agierenden Autobauern Volvo (Ford-Gruppe) und Saab (General Motors) verfügt Schweden über zwei Weltmarken. Heimische Pkw-Hersteller bauten 2006 weltweit knapp 556.000 Pkw, über 288.000 davon in Schweden. Angesichts des niedrigen Kurses des US-Dollar erwägt Volvo, im Umfeld des Mutterkonzerns Ford in den USA zu produzieren. Dies wäre aber erst durch eine gemeinsame Plattformentwicklung möglich, die frühestens in fünf bis sechs Jahren verwirklicht werden könnte.

Bei schweren Lkw (über 16 t) stammt mit einer Produktionszahl von 272.200 (2006) rund ein Fünftel des Weltmarktausstoßes von den schwedischen Lkw-Herstellern Volvo (inklusive der Töchter Renault und Mack) sowie Scania.

Die schwedischen Exporteure von Kfz und Kfz-Teilen erreichten 2006 einen Wert von etwa 16,5 Mrd EUR. Insgesamt gibt es rund 600 größere Kfz-Zuliefererbetriebe im Land. Bedeutende Firmen sind unter anderem Autoliv, Haldex, Faurecia, ArvinMeritor, Valeo, Kongsberg, Plastal und Finnveden. Eine große Anzahl deutscher Firmen, darunter Bosch, Brose, Continental, Hella, Siemens-VDO, ZF, sind ebenfalls vor Ort tätig. Wichtige Standorte der Kfz-Industrie sind die Region Göteborg, wo jeder vierte Zulieferer ansässig ist, sowie Södertälje, Köping, Olofström sowie Orte in Nordschweden für Wintertests.

C.T./NfA/26.5.2008

Wichtige Investitionsprojekte in der Kfz-Industrie in Schweden (Auswahl) *		
Akteur/Projekt	Projektstand	Anmerkungen
Volvo Lkw / Hybridtechnik für Lkw und Busse	Geplanter Einbau ab 2009	Entwicklung einer 2-Motoren-Technik; Investitionssumme: 350 bis 400 Mio SEK (Entwicklung) und circa 1 Mrd SEK (Produktion)
Volvo Lkw / Kabinenproduktion	ab 2008	Ausbau der Produktionskapazitäten des Werkes in Umeå; Investitionssumme: 1,1 Mrd SEK
Volvo Pkw/neues Entwicklungszentrum	k.A.	Volvo ist zuständig für die Weiterentwicklung der Hybridtechnik innerhalb der Ford-Gruppe in Europa
Wipac / Ausbau Hydraulikfabrik	Fertigstellung für 2009 geplant	Neues Fabrikgebäude in Östersund; 9000 qm Fläche; Investitionssumme: bis zu 200 Mio SEK
GM, Saab / Verstärkung der FuE-Aktivitäten	k.A.	GM will ab 2008 seine FuE-Aktivitäten bei Saab in Trollhättan ausbauen; die schwedische Regierung hat bereits einen Zuschuss in Höhe von 500 Mio SEK zugesagt
Saab/Hybridfahrzeug	Vorentwicklung	Entwicklung des Saab BioPower Hybrid-Konzepts
Autoliv/neue Sicherheitselektronik	Für Neufahrzeuge ab 2009	Elektronik für ein verbessertes Zusammenwirken der Komponenten Fahrdynamiksensorik, Fahrzeugstabilitätsprogramm ESP und Airbag-Kontrolleinheit

* Wechselkurs: 1 EUR = 9,27 Schwedische Kronen (SEK)
Quelle: bfai-Recherchen

den über einen Anteil von mehr als 9% im LKW-Geschäft. Alle anderen Anbieter sind aufgrund der Dominanz von Volvo und Scania bislang chancenlos.

Zum Jahresende 2006 waren in Schweden insgesamt 4,2 Mio Pkw zugelassen. Das Land hat den drittältesten Kfz-Fuhrpark in Westeuropa: Knapp 40% der Fahrzeuge sind

Eine der Ursachen für den vergleichsweise geringeren Zuwachs an Dieselfahrzeugen ist der Boom sogenannter „Umweltautos“. Vor allem dank der Steuervergünstigungen für diese Pkw-Typen stiegen die Neuzulassungszahlen gegenüber dem Vorjahr um 49% auf 54.598 (Anteil: 17,8%). Die Nachfrage dürfte weiterhin auf hohem Niveau

ten indes Verwirrung bei den Konsumenten.

Deutsche Zulieferer sind auf dem hoch entwickelten schwedischen Markt für Kfz-Teile gut positioniert. Sie steuern nach Expertenschätzung zu jedem in Schweden produzierten Pkw einen Anteil von etwa 30% bei. Wachsende Lieferchancen für deutsche Exporteure bestehen derzeit

FRANKREICH / WIRTSCHAFT UND POLITIK

Paris wegen steigenden Defizits verwarnt

BRÜSSEL (Dow Jones)--Wenige Wochen vor Beginn der französischen EU-Ratspräsidentschaft will die EU-Kommission am 28. Mai, Paris wegen des steigenden Staatsdefizits warnen. Damit nutze EU-Währungskommissar Joaquin Almunia erstmals ein neues Instrument des vor drei Jahren reformierten Euro-Stabilitätspaktes, berichteten EU-Diplomaten in Brüssel. Die EU-Kommission nahm dazu keine Stellung. Frankreich wird vom 1. Juli an die EU-Amtsgeschäfte für ein halbes Jahr lang führen. Der Schritt ist politisch heikel, denn der europäische Konflikt um die Pariser Haushaltspolitik dürfte einen neuen Höhepunkt erreichen.

Schon länger kritisieren europäische Hauptstädte, darunter Berlin,

dass sich Frankreich nicht an die Absprache der Finanzminister von 2007 hält, bis 2010 einen Staatshaushalt ohne neue Schulden auf die Beine zu stellen. Frankreich verschob für sich den Termin auf 2012. Die Kommission erwartet bereits im kommenden Jahr für Frankreich ein Defizit von 3% vom Bruttoinlandsprodukt nach 2,9% im laufenden Jahr. Nach Auffassung von Almunia könnte schon die kleinste Abweichung ein überhöhtes Defizit bedeuten. Auch wochenlange Gespräche zwischen seinen Beamten und französischen Experten über die Konjunktur- und Schuldenentwicklung brachten den spanischen Kommissar nicht von seinem Kurs ab.

Anders als bei sogenannten Blauen Briefen braucht die EU-Kom-

mission für die „politische Empfehlung“, wie die Verwarnung offiziell heißt, keine Zustimmung der EU-Finanzminister. Sie wird laut Pakt ausgesprochen, um ein Land dazu aufzufordern, seinen Kurs bei der Budgetsanierung fortzusetzen. Es drohen Paris dabei keine Sanktionen.

Frankreich ist derzeit das einzige Land im Eurogebiet, das ernsthafte Probleme mit der Neuverschuldung hat. Alle Länder mit der Gemeinschaftswährung hielten im vergangenen Jahr die Maastrichter Marke von drei Prozent ein. Deutschland erzielte ein Nulldefizit. Ein EU-Defizit-Strafverfahren gegen Paris war Ende 2006 wegen guter Führung geschlossen worden. APA/NfA/26.5.2008

FRANKREICH / KONJUNKTUR

Wachstum im zweiten Quartal bei 0,3%

PARIS (Dow Jones)--Die französische Notenbank erwartet für das zweite Quartal eine deutliche Abschwächung der Wirtschaftsdynamik. In ihrer ersten Prognose für das zweite Jahresviertel sagte die Banque de France ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,3% zum Vorquartal voraus. Im ersten Quartal hatte das BIP um 0,6% zugelegt. Wie es im Monatsbericht April weiter heißt, ergaben Umfrage bei Unternehmern, dass die Industrieaktivität im April leicht gestiegen ist, während die Kapazitätsauslastung stabil über dem langfristigen Durchschnitt blieb. Die Ordergänge legten leicht zu. „Der Ausblick auf die Gesamtwirtschaft in den nächsten Monaten ist gedämpft“, erklärte die Banque de France. NfA/26.5.2008

GB / KONJUNKTUR

Einzelhandelsumsatz im April leicht rückläufig

LONDON (Dow Jones)--Die britischen Einzelhandelsumsätze sind im April gegenüber dem Vormonat leicht gesunken. Wie die nationale Statistikbehörde mitteilte, gingen die Umsätze der Einzelhändler binnen Monatsfrist um 0,2% zurück, während auf Jahressicht ein Zuwachs um 4,2% verzeichnet wurde. Damit sind die Einzelhandelsumsätze zum ersten Mal seit Jahresbeginn 2006 in zwei aufeinander folgenden Monaten gesunken. Beobachter sagten, die Daten wiesen trotz eines scharfen Rückgangs des Verbrauchervertrauens nicht auf einen Kollaps des Einzelhandels hin. Für März wurden die Zahlen zudem leicht nach oben revidiert: Nun wird ein monatlicher Rückgang von 0,2% und ein jährliches Plus von 4,7% ausgewiesen. NfA/26.5.2008

ARGENTINIEN / FINANZIERUNG

Wirtschaft weitgehend vor der US-Krise in Sicherheit

Kurzfristig kaum Bedarf an Fremdkapital / Gefährlich wäre ein Rückgang der Preise von Agrarexportgütern / Von Carl Moses

BUENOS AIRES (Dow Jones/bfai)--Argentinien wird von Immobilien- und Finanzkrise in den USA nicht ganz verschont bleiben. Die Meinungen der Experten gehen auseinander, in welchem Ausmaß Argentinien betroffen sein wird. Am härtesten würde das Pampaland ein Einbruch der globalen Nahrungsmittelpreise treffen. Finanzielle Übertragungseffekte könnten entstehen, wenn die umfangreichen Auslandsanlagen der Argentinier an Wert verlieren. Von ausländischen Krediten ist das Land dagegen seit dem Staatsbankrott von 2002 ohnehin weitgehend abgeschnitten.

Die direkten Mechanismen für eine Übertragung einer US-Rezession auf Argentinien sind relativ schwach. Laut UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (Cepal) gehört Argentinien zu den lateinamerikanischen Ländern, deren Bruttoinlandsprodukt (BIP) in sehr geringem Umfang von der Ausfuhr in die USA abhängt. Der Anteil am BIP liegt bei 2% gegenüber dem lateinamerikanischen Durchschnitt von 11%.

Von einer drohenden Immobilienkrise kann in Argentinien schon deshalb keine Rede sein, weil das Gesamtvolumen der Hypothekenkredite ein kleines Volumen hat (etwa 2% des BIP). Die gesamte Kreditvergabe an den Privatsektor (vor allem Konsumfinanzierung und kurzfristige Kredite) entsprach Ende 2007 lediglich knapp 13% des BIP - eine selbst im Vergleich zu anderen Schwellenländern sehr niedrige Quote. Argentinische Banken und Pensionsfonds engagieren sich kaum im Ausland - eine Verwicklung in US-Hypothekenfinanzierungen scheint damit ausgeschlossen.

Globale Kreditverknappung spielt keine Rolle

Ebenso wenig trifft Argentinien die Verringerung der globalen Kreditvergabe und die Erhöhung der Risikozuschläge in den Kreditzinsen unmittelbar. Denn seit der Erklärung des Staatsbankrotts Anfang 2002 lebt Argentinien weitgehend von eigenen Mitteln. Selbst Autos und Wohnungen kaufen die Argentinier überwiegend mit Ersparnissen und ohne Rückgriff auf Kredite. Die Unternehmen finanzieren ihre Investitionen vornehmlich aus dem Cash Flow oder aus Eigenkapitalreserven.

Der Staatshaushalt verzeichnet seit einigen Jahren laufende Überschüsse von etwa 2% des BIP. Die Leistungsbilanz ist seit der Krise von 2002 mit jährlich 2% des BIP, der Außenhandelsaldo sogar mit mehr als 3% des BIP im Plus. Die Devisenreserven stiegen Ende April 2008 auf den Rekordstand von 50 Mrd USD.

„Argentinien ist eines der Länder mit dem geringsten Bedarf an ausländischen Kapitalzuflüssen“, meint Walter Molano von der auf Lateinamerika spezialisierten US-amerikanischen Investmentbank BCP Securities LLC. Darum sei Argentinien angesichts der gegenwärtigen globalen Finanzkrise eines der am wenigsten verwundbaren Volkswirtschaften, sagte Molano bei einer Konferenz des Instituts der argenti-

nischen Finanzmanager (IAEF), die sich mit der „Situation Argentiniens in dem neuen Szenario der Weltwirtschaft“ beschäftigte.

Der angesehene argentinische Ökonom Ricardo Arriazu ist anderer Meinung. Die häufigen Krisen Argentiniens seien immer mit der Weltwirtschaft verbunden gewesen und hätten insbesondere die Konjunkturausschläge in den USA begleitet. „Argentinien ist ein absolut zyklisches Land“, sagte Arriazu bei der IAEF-Konferenz und fügte hinzu: „Seine Krisen folgen nicht nur den internationalen Zyklen, es verstärkt diese in der Binnenwirtschaft sogar noch durch innenpolitische Krisen.“ Zuletzt geschah das



Agrarproteste im April: Lkw-Fahrer fahren hupend durch den Bundesstaat Parana. Ein Dauerkonflikt zwischen der Regierung und der Landwirtschaft wegen der Exportsteuern und anderer Ausfuhrhindernisse stellt die Hauptbedrohung für die argentinische Wirtschaft dar. Foto: teachingsagittarian

zur Jahrtausendwende, als die Zinsen weltweit gestiegen, die globale Liquidität verknappt und die Rohstoffpreise in den Keller gesunken waren. Argentinien schlitterte in die schwerste Wirtschaftskrise seiner Geschichte. Nach einem Anstieg des BIP um mehr als 50% von 1991 bis 1998 sank das BIP in den Folgejahren bis 2002 um 18%.

Die Binnenkonjunktur sei nicht zuletzt durch das hohe Auslandsvermögen der Argentinier mit der internationalen Entwicklung verbunden, erklärt Arriazu. Von insgesamt rund 200 Mrd USD Privatvermögen halten die Argentinier rund 160 Mrd USD im Ausland. Ein großer Teil davon ist in den USA angelegt. Wenn diese Anlagen nun aufgrund der Dollarschwäche und des Preisverfalls von Kapitalanlagen in den USA an Wert verlieren würden, so der Ökonom, hätte das einen bedeutenden negativen Vermögenseffekt in Argentinien, der in der Folge den Konsum und die Investitionsbereitschaft drosseln könnte.

Wenn die Anlagen im Ausland viel wert und die Kosten in Argenti-

nen niedrig sind, werden Gelder in Konsum oder Investitionen gesteckt. Dies geschah in den vergangenen Jahren und dürfte die treibende Kraft des Aufschwungs gewesen sein. Seit 2003 wuchs das BIP mit Jahresraten von fast 9%. Doch nun kehrt sich der Wirkungsmechanismus um. Die Auslandsanlagen verlieren an Wert, während die Kosten in Argentinien kräftig steigen. Prompt verzeichnet die Zahlungsbilanz seit Jahresmitte 2007 wieder Kapitalabflüsse.

Ein besonders großer Rückschlag für die argentinische Wirtschaft wäre der durch eine globale Konjunkturabschwächung ausgelöste Rückgang der Weltmarktpreise für Agrarexportgüter wie Soja, Weizen, Mais und Fleisch. Die Exporte von Agrarprodukten in rohem oder verarbeitetem Zustand trugen 2007 wertmäßig rund 54% zum argentinischen Gesamtexport bei. Ihr Wert entsprach rund 11,5% des BIP. Noch halten sich die globalen Nahrungsmittelpreise auf hohem Niveau. Fachleute erwart-

auf den Staat zukommen, dürften dem Finanzminister Kopfzerbrechen bereiten. Nach Kalkulation der Finanzberatungsfirma Broda steigt die Finanzierungslücke in der Staatskasse von jeweils rund 6 Mrd USD in 2007 und 2008 auf 11,6 Mrd USD im Jahr 2009. Der jüngste Verfall der Preise argentinischer Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt deutet darauf hin, dass die Anleger schon wieder mit der Gefahr von neuen Zahlungsausfällen rechnen. So stiegen die Risikoaufschläge in den Renditen argentinischer Staatsanleihen gegenüber den Renditen von sicheren Anlagen (US-amerikanische Staatsanleihen) von Jahresbeginn 2008 bis Ende April 2008 um rund 2 Prozentpunkte auf 6 Prozentpunkte. Bei anderen Ländern Lateinamerikas erhöhten sich die Risikospreads im gleichen Zeitraum nur geringfügig, bei einigen sanken sie sogar (Durchschnitt der Region: +0,3 Prozentpunkte seit Anfang 2008 auf einen Risikospread von 2,9 Prozentpunkten).

Die wahrscheinlich größte Gefahr für die Wirtschaftsentwicklung Argentiniens resultiert derzeit aus internen Faktoren. Ein Dauerkonflikt zwischen der Regierung und den Landwirten über Exportsteuern und andere Ausfuhrhindernisse drohen die Dynamik in dem wichtigen Wirtschaftszweig des Pampalandes abzuwürgen. Die Landwirtschaft, die allein 2007 um 10,2% gewachsen war, trägt mit den nachgelagerten Wertschöpfungsketten und Zulieferern nach Schätzung von Fachleuten 30 bis 40% zur Gesamtbeschäftigung bei.

Inflation wird nicht nachhaltig bekämpft

Auch gegenüber Unternehmen anderer Branchen fährt die Regierung einen zunehmend rigiden Konfrontationskurs mittels Preiskontrollen und weiteren dirigistischen Maßnahmen. Die galoppierende Inflation bekämpft sie dagegen nicht nachhaltig, sondern kaschiert sie durch die Manipulation der öffentlichen Preisstatistik.

Diese Politik beeinträchtigt das Investitionsklima in höchst negativer Weise. Die mit unterschiedlichen Maßnahmen angefeuerte Nachfrage trifft darum auf ein weitgehend starres Angebot. Das heizt die Inflation zusätzlich an und verschärft die Verteilungskämpfe zwischen Unternehmen, Gewerkschaften und dem Staat.

Die amerikanische Bank J.P. Morgan hat aufgrund dieser Tendenzen ihre Wachstumsschätzung für das argentinische BIP im Jahr 2009 von bisher 5 auf 3% zurückgestuft. Zur Jahreswende hatte J.P. Morgan geschätzt, dass eine Rezession in den USA Argentinien lediglich einen halben Prozentpunkt BIP-Wachstum kosten würde. Für das laufende Jahr wird noch ein Wachstum um 6,5% erwartet.

C.M./NfA/26.5.2008

BRASILIEN / ENERGIE

Brasilien entdeckt weiteres Ölfeld im Atlantik

RIO DE JANEIRO (AP)--Vor Brasiliens Atlantikküste ist ein weiteres Ölfeld entdeckt worden: Der staatliche brasilianische Ölkonzern Petroleo Brasileiro teilte mit, die Fundstelle liege in 6.700 Metern Tiefe im Santos-Basin 250 Kilometer vor Sao Paulo. Sie befindet sich in der Nähe des im November entdeckten Tupi-Felds, in dem bis zu 8 Mrd Barrel Öl vermutet werden. Über die Größe des neu entdeckten Felds macht Petrobras keine Angaben. Wegen eines Feiertags war in dem Unternehmen niemand zu erreichen.

NfA/26.5.2008

USA / KONJUNKTUR

Flugverspätungen kosten Wirtschaft fast 41 Mrd USD

WASHINGTON (AP)--Verspätungen bei Inlandsflügen haben die US-Wirtschaft im vergangenen Jahr mit fast 41 MRD USD (26 Mrd EUR) belastet. Das geht aus einem Bericht des Wirtschaftsausschusses des Kongresses hervor. Passagiere, Fluglinien und „unsere Wirtschaft“ hätten einen milliarden schweren Schlag in die Magengrube bekommen, erklärte der Ausschuss-Vorsitzende Charles Schumer.

Allein bei den Fluglinien schlugen dem Bericht zufolge Extrakosten von 19 Mrd USD zu Buche, davon 1,6 Mrd USD für zusätzlichen Treibstoff. Für Reisende notierte der Ausschuss 12 Mrd USD beispielsweise wegen verpasster Anschlussflüge und verfallener Hotelreservierungen. Die Verspätungen summieren sich demnach auf 320 Millionen Stunden oder ein Fünftel der gesamten Flugzeit an Inlandsverbindungen. Das sei nicht nur lästig, sondern „ein ernsthafter Schlag für unsere Wirtschaft“, erklärte Schumer.

NfA/26.5.2008

USA / FAHRZEUGE

Ford drosselt Autoproduktion

DETROIT (Dow Jones)--Der US-Automobilhersteller Ford Motor Co geht nicht mehr davon aus, im kommenden Jahr profitabel zu sein. Unterdessen dürfte das Unternehmen 2009 den Break-Even erreichen, teilte Ford mit. Nach Einschätzung von Beobachtern ist dies für Ford ein herber Rückschlag, denn stets hatte der Konzern für 2009 dank der Einsparungen im Nordamerika-Geschäft und dem steigenden Auslandsabsatz die Gewinnzone angestrebt. Zudem kündigte das Unternehmen an, wegen der steigenden Benzinpreise und der schwachen US-Konjunktur-entwicklung, das Produktionsziel in Nordamerika für das restliche Jahr zu drosseln.

NfA/26.5.2008

AFRIKA UND NAHOST**KENIA / FINANZIERUNG****Neue Bestimmungen für die Börse**

NAIROBI (Dow Jones)--Die kenianische Capital Market Authority (CMA) bereitet neue Bestimmungen für den Kapitalmarkt vor, die im Juni in Kraft treten sollen. Diese neuen, vertrauensschaffenden Vorschriften sehen vor, dass der maximale Anteil, den ein privater Investor an einer Investitionsbank erwerben kann, auf 25% des Aktienkapitals begrenzt wird. Einem Bericht des Afrika-Vereins zufolge werden gleichzeitig die Mindesteinlagen der Unternehmen, die an der Börse gehandelt werden von 0,32 Mio EUR auf 2,63 Mio EUR erhöht. Das Eigenkapital der Börsenhändler wird ebenfalls erhöht, von derzeit 110.000 EUR auf 220.000 EUR.

Ursprünglich debattierte Vorschläge sahen eine Aufstockung des Eigenkapitals von Börsenhändlern auf 2,11 Mio EUR und von Investitionsbanken auf 4,22 Mio EUR vor. *NfA/26.5.2008*

KENIA / INFRASTRUKTUR**Chinesen modernisieren Flughafen von Kisumu**

NAIROBI (Dow Jones)--Die China Overseas Engineering Group Corp Ltd. hat von der Kenya Airports Authority (KAA) den Zuschlag für die Modernisierung des Flughafens von Kisumu erhalten. Nach Angaben des Afrika-Vereins hat der Auftrag hat einen Wert von 1,61 Mio EUR. Für die Auswertung der vorliegenden Angebote wurde die Hilfe der Weltbank in Anspruch genommen, die auch die Finanzierung des Projekts sicherstellt. Die Arbeiten schließen eine Verlängerung der beiden Lande- und Startbahnen von zwei auf drei Kilometer sowie die Errichtung eines neuen Terminals ein. Die Bauarbeiten sollen über einen Zeitraum von 22 Monaten gehen. *NfA/26.5.2008*

SAMBIA / METALLE**Stromkrise bedroht Ausbau der Kupferminen**

LUSAKA (Dow Jones)--Die Stromkrise in Sambia bedroht den Ausbau in verschiedenen Kupferminen des Landes, wie Fredrick Bantubonse, Direktor der Bergbaukommission, erklärte. Die Probleme im Stromsektor sind durch erhöhte Bergbauaktivitäten und mangelnde Investitionen in dem Bereich verursacht worden. Rund 60% der sambischen Stromerzeugung fließen in den Kupferbergbau. Laut Bantubonse war eigentlich erhofft worden, dass die Kupferproduktion des Landes in diesem Jahr die Marke von 750.000 t erreicht. Wegen der bestehenden Probleme sei dies aber zu einem wohl nicht mehr realistischen Ziel geworden. Sambia ist Afrikas führender Kupferproduzent und will bis zum Jahr 2010 auf einen Output von 1 Mio t kommen. *NfA/26.5.2008*

IRAN / MASCHINENBAU**Markt für Kunststoffmaschinen entwickelt sich rasch****Asiatische Konkurrenz nimmt zu / Von Rolf Weitowitz**

TEHERAN (Dow Jones/bfai)--Die Kunststoffindustrie Irans hat sich in den letzten Jahren parallel zur Petrochemie rasch entwickelt und die Nachfrage nach Gummi- und Kunststoffmaschinen beflügelt. Diese müssen überwiegend importiert werden. Seit Einführung der UN-Wirtschaftssanktionen erleidet die Branche, wie die Gesamtwirtschaft, Einbußen. Beobachter sehen nach Aufhebung der Sanktionen gute Chancen für eine rasche Wiederbelebung, befürchten jedoch, dass die Lieferanten aus Europa verstärkt auf asiatische Konkurrenten stoßen werden.

Nach Meinung von Beobachtern versprechen die Planungen für die Chemieindustrie und die Notwendigkeit zur Modernisierung des Maschinenparks mittel- und langfristig eine überdurchschnittliche Nachfrage nach Spezialmaschinen. Angesichts der bestehenden UN-Wirtschafts- und Finanzsanktionen erwartet die Branche erst nach Aufhebung der Handelsbeschränkungen wichtige neue Impulse.

Der iranischen Zollstatistik zufolge vermittelt die Branche ein uneinheitliches Bild. Wertmäßig wichtigste Spartenimporte sind „Maschinen zum Herstellen von Schaumstoffen“ gefolgt von Spritzgießmaschinen. Während die erstgenannte Produktgruppe 2006/07 einen Rück-

Maschinen und Apparate zum Be- und Verarbeiten von Kunststoffen oder Kautschuk (Auswahl; 1.000 USD)				
Produkt	HS-Pos.	2004/05 (1383)	2005/06 (1384)	2006/07 (1385)
Spritzgießmaschinen	8477.10	45.920	48.385	93.059
Extruder	8477.20	92.254	62.221	52.815
Blasformmaschinen	8477.30	24.247	35.861	34.179
Vakuumformmaschinen u. and. Warmformmaschinen	8477.40	35.480	19.464	16.530
Andere. Maschinen u. Apparate für Formen/Runderneuern von Luftreifen und -schläuchen	8477.51	6.667	169	1.166
Pressen	8477.59	17.414	12.807	3.261
Maschinen zur. Herstellen von Schaumstoffen.	8477.80	102.704	142.228	104.471
Formen für Spritzgießen u. Formpressen	8480.71	16.683	15.132	26.638
Andere Formen usw.	8480.79	12.970	14.172	15.064

Quelle: Iranische Zollverwaltung

gang von rund. 27% gegenüber dem Vorjahr verzeichnete gab es bei den Spritzgießmaschinen einen Zuwachs von mehr als 92%.

Unter den wichtigsten Lieferländern für die Spartenprodukte befanden sich 2006 Italien (Anteil: 14%), VR China (11%), Japan (13,2%) und die Schweiz (6%) neben Deutschland (35,9%). Der Jahresgesamtwert der Lieferungen belief sich auf 234 Mio EUR. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes erreichten die deutschen Lieferungen von Kunststoff- und Gummi-maschinen 2006 (2005) einen Anteil von 5,4% (6,2%) an der deutschen

Maschinenausfuhr nach Iran. Der iranische Markt sollte für die Dauer der Wirtschafts- und Finanzsanktionen aufmerksam beobachtet werden. Nach Aufhebung der Sanktionen könnten sich aufgrund guter Finanzlage und der Fortsetzung der Wirtschaftsdiversifizierung überdurchschnittliche Wachstums- und Lieferchancen ergeben.

Wegen der gegenwärtig geltenden Exportkontrollbestimmungen für das Irangeschäft und deren Umsetzung sollten deutsche Unternehmen grundsätzlich das zuständige Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) einschalten. Die-

ses erteilt Auskünfte über die Einschränkungen bei der Geschäftsabwicklung. Für Angelegenheiten des Zahlungsverkehrs ist die Deutsche Bundesbank in Frankfurt zu kontaktieren. *W.R./NfA/26.5.2008*

KONTAKT:

Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)
Tel. 06196/908-870
E-Mail: poststelle@bafa.bund.de
Internet: www.ausfuhrkontrolle.info

Fortsetzung von Seite 1

Golfregion im Hotelbaufieber

Allerdings glauben Branchenkenner, dass der Bedarf an Luxushotels in den VAE schon bald gedeckt sein dürfte. Weiterhin steigen wird dagegen die Nachfrage nach preisgünstigeren Unterkünften mit drei oder vier Sternen. Mehrere internationale Ketten planen bereits einen entsprechenden Einstieg. So will die französische Accor-Gruppe bis 2011 im Nahen Osten 90 Hotels eröffnen, mehr als die Hälfte davon unter den Markennamen Ibis und Novotel. Das Unternehmen Emaar Hospitality Group hat sein Interesse an einer Zusammenarbeit mit Accor bekundet.

Hotelausstattung verspricht ein gutes Geschäft

Auch das Entwicklungsunternehmen Nakheel will in dieses Marktsegment vorstoßen. Dabei wird es mit der Jebel Ali Free Zone (Jafza) zusammenarbeiten. Noch Ende Mai 2008 sollen die Arbeiten an dem ersten Hotel beginnen, das unter dem Namen der Kette EasyHotel firmieren wird. Die Fertigstellung der 216-Zimmer-Unterkunft ist für Juni 2009 vorgesehen. Der Bau weiterer Hotels soll folgen. Nakheel hat sich die Franchise-Lizenz für alle künftigen EasyHotels im Nahen Osten gesichert. Auch die niederländisch-schweizerische Gruppe Golden Tulip will ihre Präsenz aus-

bauen und bis 2010 über 55 Hotels in der Region verfügen.

Getrieben wird die Nachfrage nach preiswerteren Unterkünften vor allem von Geschäftsreisenden mittlerer Führungsebenen sowie von solchen, die für eine längere Zeit im Land bleiben. Hinzu kommt die steigende Kaufkraft in der Region: Immer mehr Menschen können sich eine Flugreise leisten, zumal die Zahl der Billigflieger steigt, und beflügeln damit den Tourismus innerhalb der arabischen Staaten. Dadurch wird auch die Nachfrage in weiteren Marktsegmenten steigen, so etwa die nach Unterkünften, die den islamischen Vorschriften nach Geschlechtertrennung genügen und in denen kein Alkohol ausgeschenkt wird.

Der Tourismus spielt in den VAE eine wichtige Rolle bei den Bemühungen zur Diversifizierung der Wirtschaft. Besonders fortgeschritten ist dabei das ölarne Emirat Dubai. Dort trägt der Fremdenverkehr nach Angaben der Tageszeitung Emirates Business bereits 19% zum Bruttoinlandsprodukt bei. Unter Einberechnung des Luftverkehrs-, Telekommunikations- und Transportsektors seien es indirekt sogar 31%.

Für deutsche Unternehmen ist vor allem die Hotelausstattung ein interessantes Geschäft: Von der Zimmermöbelherstellung, der Bettwäsche, der Barausstattung bis hin zu den obligaten Kronleuchtern sowie Res-

taurants und Küchen sind deutsche Unternehmen dem Vernehmen nach bislang gut im Geschäft.

Der Boom im Hotelbau ist indes nicht allein auf die VAE beschränkt. Auch in den anderen GCC-Staaten laufen viele Investitionen in den Tourismussektor. Derzeit gibt es laut MEED in den Mitgliedsstaaten gut 95.000 Hotelzimmer. Diese Zahl soll sich bis 2010 mehr als verdoppeln. Im selben Zeitraum wird die Anzahl der Hotels voraussichtlich von 582 auf 940 klettern.

Allerdings machen sich auch beim Bau der Hotels die Schattenseiten des Baubooms immer stärker bemerkbar: Die Kosten schießen in

die Höhe, weil Grundstücke, Baumaterialien, Fachkräfte und Arbeiter immer knapper werden. Die Fertigstellung vieler Hotels verzögert sich. Vor allem Dubai ist von dieser Entwicklung betroffen. Dort haben sich, so MEED, die Baukosten für ein Hotelzimmer in den vergangenen anderthalb Jahren von 500.000 USD auf 1,5 Mio USD verdreifacht. Die erwartete Rentabilität sinkt und viele Unternehmen müssen ihre Pläne ändern oder nach neuen Finanzierungsquellen suchen. Hinzu kommt die Frage, ob die Entwicklung der Infrastruktur mit den Expansionsplänen Schritt halten wird. *N.M./NfA/26.5.2008*

Die zehn teuersten Hotelprojekte im Mittleren Osten

Projekt	Budget in Mio USD	Stand	Land
Hurghada Tourism City	5.000	Planung	Ägypten
Qatar Entertainment City	3.000	Design-Phase	Katar
MGM Grand Abu Dhabi	3.000	Planung	VAE
Asia-Asia Hotel	1.625	Design-Phase	VAE
Dilmunia Island	1.531	im Bau	Bahrain
Capital Centre Abu Dhabi	1.000	Design-Phase	VAE
Hard Rock Hotel Dubai	1.000	Design-Phase	VAE
Nile Corniche Cairo	1.000	Design-Phase	Ägypten
InterContinental Expansion	800	im Bau	Oman
Muscat Family Resort Musandam	780	Design-Phase	Oman

Quelle: Proleads

TÜRKEI / WIRTSCHAFT UND POLITIK

EP wirft Ankara zu geringen Reformeifer vor

Kommission will Beitrittsgespräche weiter vorantreiben

BRÜSSEL (AP)--Das EU-Parlament hat der Türkei mangelnden Reformeifer vorgehalten. In einem in Straßburg verabschiedeten Bericht riefen die Abgeordneten Ankara nachdrücklich auf, „entschlossen jene Reformen voranzubringen, die entscheidend sind, um aus der Türkei eine moderne und wohlhabende Demokratie zu machen“. Weitere Verzögerungen könnten die Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei beeinträchtigen, warnte das Parlament.

Auch EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn zeigte sich besorgt über „das langsame Reformtempo“

und warnte: „Die Türkei darf nicht ein weiteres Jahr verschwenden.“ Dennoch bekräftigte der Kommissar in Straßburg seine Absicht, noch vor der Sommerpause zwei weitere Kapitel in den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu eröffnen. Rehn wies allerdings darauf hin, dass es sich bei den Kapiteln Unternehmensrecht und Urheberrecht um eher technische Fragen handle. Es seien aber „die Verfassungsreformen, die das eigentliche Fundament“ für einen EU-Beitritt darstellten.

Das EU-Parlament kritisierte anhaltende Beschränkungen der Meinungsfreiheit in der Türkei.

Die jüngste Änderung eines diesbezüglichen Paragraphen des türkischen Strafgesetzbuchs stelle nur einen „ersten Schritt hin zu einer umfassenden Reform dieses Artikels“ dar, bemängelten die Abgeordneten. Das türkische Parlament hatte kürzlich den Straftatbestand „Beleidigung des Türkentums“ eingeschränkt auf die „Beleidigung der türkischen Nation“.

Der österreichische Europaabgeordnete Hannes Swoboda nannte die Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union mit der Türkei einen „langen Prozess mit offenem Ausgang“.

NfA/26.5.2008

ALGERIEN / CHEMIE

Produktion von Ammoniak und Urea geplant

ALGIER (Dow Jones)--Der staatliche Energiekonzern Sonatrach hat im April zwei Verträge mit ausländischen Partnern zum Bau von Petrochemie-Anlagen geschlossen, wie der Afrika-Verein berichtet. Der erste Vertrag betrifft den Bau einer Anlage zur Ammoniak- und Urea-Produktion, die die Sonatrach gemeinsam mit dem Unternehmen Al Aldjazairia Al Omania Lil Asmida realisieren will. Anteilseigner des Vertragspartners ist zu 49% die Sonatrach selbst, zu 51% die Unternehmensgruppe Omanis Suhail Bahuan sowie das japanische Konsortium Mitsubishi Heavy Industries (MHI). Die Gesamtkosten für die Durchführung des Projektes werden auf 2,4 Mrd USD

geschätzt. Die Produktionskapazität der Anlagen, die im Industriegebiet von Arzew errichtet wird, soll laut Sonatrach 7.000 t Urea sowie 4.000 t Ammoniak am Tag betragen.

Ebenfalls im Bereich der Ammoniak- und Ureaproduktion soll eine zweite Anlage in Arzew arbeiten, auf deren Bau sich die Sonatrach vertraglich mit der ägyptischen Unternehmensgruppe Orascom verständigt hat. Die Produktionskapazität dieser Anlage soll 4.400 t Ammoniak und 3.450 t Urea am Tag betragen. Die Gesamtkosten der Anlage, die ausschließlich für den Export produzieren soll, werden mit 2,16 Mrd USD beziffert.

NfA/26.5.2008

Feiertage im Ausland im Juni 2008

Äquatorialguinea	5. 10.	Geburtstag des Präsidenten Staatsfeiertag	Italien	2.	Nationalfeiertag	Philippinen	12.	Unabhängigkeitstag
Ägypten	18.	Tag der Evakuierung	Jordanien	10.	Tag der Armee	Portugal	10. 13. 24.	Camoes-Tag St. Anton (nur Lissabon) St. Johannes (nur Porto)
Algerien	19.	Tag des Machtwechsels	Kaimaninseln	16.	Geburtstag der Königin	Reunion	11.	Pentecost
Angola	1.	Internationaler Kindertag	Kambodscha	2. 18.	Tag des Kindes Geburtstag der Königmutter	Russland	12.	Tag der Annahme der Deklaration über die Staatssouveränität
Anguilla	9.	Offizieller Geburtstag der Königin	Kap Verde	10.	Todestag des port. Dichters Luis Vaz de Camoes	Schweden	6. 21.	Nationaltag Mittsommertag
Argentinien	18.	Tag der Flagge (General Belgrano)	Kenia	1.	Madaraka-Tag	Schweiz	23. 29.	Fest der Unabhängigkeit (Jura) Peter und Paul (Tessin, Graubünden u. Luzern teilw.)
Aserbaidshon	15. 26.	Tag der nationalen Rettung Tag der Streitkräfte	Kolumbien	30.	Herz Jesu	Serbien	28.	Vidovdan (Arbeitstag, an dem gefeiert wird)
Australien	11.	Geburtstag der Königin (gilt nicht in Western Australia und South Australia)	Kongo (Dem. Rep.)	30.	Jahrestag der Unabhängigkeit	Seychellen	5. 18. 29.	Befreiungstag Nationaltag Unabhängigkeitstag
Bahamas	6.	Tag der Arbeit	Kongo	10.	Gedenktag	Slowenien	25.	Nationalfeiertag
Bermuda	16.	Geburtstag der Königin	Korea (Rep.)	6.	Heldengedenktag	Somalia	26.	Unabhängigkeitstag
Britische Jungferninseln	14.	Geburtstag der Königin	Kroatien	22. 25.	Tag des antifaschistischen Kampfes Staatsfeiertag	Spanien	24.	St. Johannes (nur in der Autonomen Region Madrid)
Chile	29.	Peter und Paul	Lettland	23. 24.	Mittsommernfest Johannistag	Sri Lanka	18.	Poson Poya-Vollmond
Costa Rica	29.	Peter und Paul	Libyen	11.	Vertreibung der US-amerikanischen Truppen	Sudan	30.	Revolutionstag
Dänemark	5.	Verfassungstag (ab mittags)	Litauen	24.	Johannistag	Südafrika	16.	Tag der Jugend
Dschibuti	27.	Unabhängigkeitstag	Luxemburg	23.	Nationalfeiertag	Taiwan	8.	Drachenbootfest
El Salvador	17. 22.	Vatertag Tag der Lehrer	Macau	8.	Drachenbootfest	Togo	21.	Tag der Märtyrer
Eritrea	20.	Tag der Märtyrer	Madagaskar	26.	Tag der Unabhängigkeit	Trinidad und Tobago	19.	Tag der Arbeit
Estland	23. 24.	Siegestag Johannistag	Malawi	14.	Freiheitstag	Uganda	3. 9.	Tag der Märtyrer Heldengedenktag
Fidschi	18.	Geburtstag der Königin	Malta	7. 29.	Sette Giugno Peter und Paul	Ukraine	15. 16. 28. 30.	Pfingsten (russisch-orthodox) Pfingstmontag (russisch-ortho- dox) Tag der Verfassung Arbeitsfreier Tag
Finnland	23.	Mittsommertag	Mayotte	11.	Pentecost	Uruguay	19.	Geburtstag von General Artigas und Día del Nunca Más (Nie wieder) in Gedenken an die Zeit der Militärdiktatur
Griechenland	10.	Pfingstmontag	Mongolei	1.	Mutter- und Kindertag	Venezuela	24.	Schlacht von Carabobo
Guatemala	17. 30.	Vatertag Tag der Streitkräfte	Montserrat	9.	Offizieller Geburtstag der Königin	Zentralafrikanische Republik	30.	Nationaler Gebetstag
Hongkong, SVR	8.	Drachenbootfest	Mosambik	25.	Unabhängigkeitstag	Zypern	16.	Pfingstmontag (Ostkirche)
Iran	4. 5. 18.	Todestag des Imam Khomeini 15. Khordad Todestag der Fatima Zahra	Neuseeland	2.	Geburtstag der Königin			
Irland	2.	Juni-Feiertag	Papua-Neuguinea	13. 21.	Geburtstag der Königin Erinnerungstag			
Island	17.	Nationalfeiertag	Paraguay	12.	Tag des Friedens (Ende des Chaco-Krieges)			
Israel	2. 9.	Jerusalem-Tag (kein arbeitsfrei- er Tag, aber Einschränkungen des Geschäftslebens) Schawuot (Wochenfest)	Peru	29.	Peter und Paul			

Quelle: bfai

WELT / ENERGIE

Engpässe bei der Ölversorgung drohen

OPEC erklärt sich in der aktuellen Situation als handlungsbereit

BERLIN/NEW YORK (AFP)--Wegen rückläufiger Ölfördermengen drohen einer Studie zufolge in den kommenden Jahrzehnten weltweit Versorgungsengpässe. Die Ölförderung habe bereits 2006 ihren Höhepunkt überschritten, heißt es in einer in Berlin von der Energy Watch Group vorgelegten Studie. Künftig werde die Ölförderung um einige Prozentpunkte pro Jahr zurückgehen, „bis 2020 und erst recht bis 2030 ist ein dramatischer Rückgang der weltweiten Ölförderung zu erwarten“. Dadurch entstehe eine Versorgungslücke, die sich in diesem Zeitrahmen kaum durch andere Energie-

quellen schließen lasse. Die rückläufigen Fördermengen seien auch der Grund für die Preisexplosion beim Öl, erläuterte Werner Zittel, Mit-Autor der Studie. Die Hoffnung, dass der Preis durch Spekulationen angefeuert werde und dass diese Spekulationsblase eines Tages platze, sei vergebens. Zittel geht sogar davon aus, dass die weltweite Ölförderung bis 2030 bis auf die Hälfte sinken könnte.

Wegen des wachsenden Verbrauchs in den erdölexportierenden Ländern selbst nehme die am Weltmarkt verfügbare Ölmenge noch schneller ab als die Förderung. Der Studie zufolge werden die verbleibenden Welt-

ölreserven nach Angaben der Industriedatenbank auf 1.255 Giga-Barrel, also auf 1.255 Mrd Barrel geschätzt.

Die Energy Watch Group setzt die Schätzung deutlich niedriger an: Sie geht von 854 Giga-Barrel aus. Die Gruppe wurde nach eigenen Angaben auf Initiative internationaler Parlamentarier gegründet, unabhängige Wissenschaftler analysieren für sie die Verfügbarkeit fossiler und erneuerbarer Energien. Bei einem Rückgang der Förderung werde der Ölpreis jährlich zwischen 30% und 50% steigen, erklärte Aribert Peters, der Vorsitzende des Bundes der Energieverbraucher. Davon gehe er aufgrund

von Studien aus. Die Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) hat sich bereit erklärt, zur Stabilisierung der Märkte gegebenenfalls Maßnahmen zu ergreifen. Allerdings zeigten die überhalb des fünfjährigen Mittels liegenden globalen Lagerbestände, dass momentan nicht Angebot und Nachfrage die Preise bestimmten. „Die aktuellen hohen Ölpreise sind nicht von fundamentalen Marktdaten beeinflusst, da der Markt gut versorgt ist“, hieß es in einer gemeinsamen Erklärung von OPEC-Generalsekretär Abdalla Salem el-Badri und dem venezolanischen Präsident Hugo Chavez nach einem Treffen. *NfA/26.5.2008*

WELT / STAHL

Rohstahlproduktion legt im April um 5,6% zu

BRÜSSEL (Dow Jones)--Die Rohstahlproduktion der 66 an das International Iron and Steel Institute (IISI) in Brüssel berichtenden Länder hat sich im April gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um 5,6% auf 116,4 Mio t erhöht. In den ersten vier Monaten des Jahres legte die Produktion um 5,7% auf 457,3 Mio t

zu, wie das IISI weiter mitteilte. In dieser Zeit hat China 169,8 Mio t Rohstahl und damit 9,1% mehr als im Vorjahr erzeugt.

Die MAT-Wachstumsrate (moving annual total) verlangsamte sich im April auf 11% von 20,6% im gleichen Vorjahresmonat. Die Rohstahlproduktion Chinas belief sich im

April auf 44,7 Mio t (plus 10,2%). Insgesamt wurden in Asien im Berichtsmonat 60,5 Mio t Rohstahl und damit 8,7% mehr als im Vorjahr erschmolzen. In Nordamerika setzte die MAT-Wachstumsrate im April mit 3,4% ihren Aufwärtstrend fort. Die US-Produktion erhöhte sich um 1,1% auf schätzungsweise 8,3 Mio t,

die in Mexiko um 10,5% auf 1,6 Mio t und die in Kanada um 3,7% auf 1,4 Mio t. Die Türkei hat im Berichtsmonat 2,3 Mio t Stahl produziert, ein Anstieg um 2,7% gegenüber April 2007, während sich in den ersten vier Monaten eine Steigerung um 8,2% ergab. *NfA/26.5.2008*

Business-Kalender Außenwirtschaft

Neu veröffentlichte Inlandstermine:

Termin	Ort	Thema	Veranstalter
01.06.2008	Ulm	Ursprungszeugnis und Bescheinigungen	IHK Ulm
02.06.2008	Nürnberg	Wege zu qualifiziertem Personal für deutsche Unternehmen in Japan und Korea	IHK Nürnberg
02.06.2008	Suhl	Atlas	IHK Suhl
03.06.2008	Dortmund	Wirtschaftstag Tschechien	IHK Dortmund
03.06.2008	Nürnberg	Next Eleven (N11): Sorgen sie für Furore als kommende Wirtschaftsmächte?	IHK Nürnberg
03.06.2008	Ulm	Die neue EU-Maschinenrichtlinie	IHK Ulm
04.06.2008	Bayreuth	Nachbarmarkt Frankreich	IHK Bayreuth
04.06.2008	Hamburg	Wirtschaftstag Ghana	Afrika-Verein
04.06.2008	Ludwigshafen	Grenzüberschreitende Steuerplanung und Steuergestaltung	IHK Ludwigshafen
04.06.2008 - 06.06.2008	Potsdam	Green Ventures 2008	IHK Potsdam
05.06.2008	Wuppertal	Go Latin America	IHK Wuppertal
09.06.2008 - 11.06.2008	Augsburg	Einstieg in das Auslandsgeschäft - erste Schritte im Export	CMA
09.06.2008	Stuttgart	Internationale Expansion für kleine und mittlere Unternehmen	IHK Stuttgart
10.06.2008	Stuttgart	Basisinformationen Import und Export	IHK Stuttgart

 IXPOS
Quelle: IXPOS
Außenwirtschaftsportal
www.ixpos.de/kalender

Der NfA-Business-Kalender Außenwirtschaft erscheint regelmäßig mit den neu bekannt gewordenen Inlandsterminen und mit wichtigen Auslandsterminen, die mindestens sechs Wochen im Voraus angekündigt werden. Die Termine finden Sie auch im Internet unter www.djnewsletters.de/nfa. Alle Angaben ohne Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit.

IMPRESSUM

Nachrichten für Außenhandel

Redaktion: +49 (0) 69/29 72 51 15

E-Mail: nfa.de@dowjones.comInternet: www.djnewsletters.de/nfaAbo-Service: +49 (0) 69/29 72 51 66
E-Mail: service.europe@dowjones.comAnzeigen: +49 (0) 69/29 72 51 63
E-Mail: anzeigen@dowjones.com**Herausgeber und Verlag:**

Dow Jones News GmbH, Baseler Arkaden, Wilhelm-Leuschner-Straße 78, 60329 Frankfurt am Main; HRB 58631 Frankfurt

Geschäftsführer: Dr. Matthias Paul, Volker Schneider, Simon Alterman, Tom McGuirl und Nate Rogers**Chefredakteure:** Gunnar Erth, Lars Hoffmann**Redaktion:** Willibald Schleiff, Hans Seidenstücker

Reporter: Claus-Detlef Großmann

Erscheinungsweise: montags bis freitags.

Druck: Societätsdruck, Frankenallee 71-81, 60327 Frankfurt am Main. Für die Herstellung der Nachrichten für Außenhandel wird ausschließlich Recyclingpapier verwendet.

Dow Jones News stützt sich neben umfangreicher Eigenberichterstattung auf weitere auch international tätige Nachrichtenagenturen, bei Charts und Kursen auch auf AID sowie auf Berichte der bfai - Bundesagentur für Außenwirtschaft, Köln. Inhalt nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr.

Alle Rechte vorbehalten. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass hinsichtlich der Inhalte Urheberrecht besteht. Kopien, Nachdrucke, Weitergaben im Umlauf, Übersetzungen, Bearbeitungen, Auswertungen oder sonstige Vervielfältigungen jeglicher Art bzw. Verbreitung oder Nutzung für Verbreitungen in allen Medien (gedruckt oder elektronisch) sind nur mit vorheriger, ausdrücklicher Genehmigung durch Dow Jones News gestattet. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt!

DEVISEN

Kurse zum Euro	23.5.2008		
Land	ISO-Code		
Mexiko	MXN	16,318	
Moldau	MDL	16,220	
Neuseeland	NZD	1,9963	
Nigeria	NGN	185,37	
Norwegen	NOK	7,9110	
Oman	OMR	0,6060	
Pakistan	PKR	107,78	
Philippinen	PHP	68,470	
Polen	PLN	3,4060	
Rumänien	RON	3,6700	
Russland	RUB	37,175	
Saudi-Arabien	SAR	5,9010	
Schweden	SEK	9,3024	
Schweiz	CHF	1,6166	
Serbien	RSD	80,940	
Simbabwe	ZWD	46.050,00	
Singapur	SGD	2,1400	
Slowakei	SKK	31,060	
Sri Lanka	LKR	169,70	
Südafrika	ZAR	12,068	
Tadschikistan	TJS	5,3990	
Taiwan	TWD	47,980	
Thailand	THB	50,250	
Tschechien	CZK	25,070	
Tunesien	TND	1,8310	
Türkei	TRY	1,9580	
Ukraine	UAH	7,4500	
Ungarn	HUF	245,01	
Usbekistan	UZS	2.055,00	
Venezuela	VEB	3.156,00	
Ver.Arab.Emir.	AED	5,7790	
SZR-Wert			
EUR	1XDR	1,03756	
USD	1XDR	1,63333	